



## **Vergabe eines öffentlichen Auftrags in Form eines offenen Verfahrens**

### **„Berufsausbildung BaE Dual“**

**Leistung gemäß § 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. §§ 76 ff. SGB III**

Vergabenummer: LIP-07/2026

Die Vergabeunterlagen zu diesem Verfahren umfassen neben der Bekanntmachung die folgenden Unterlagen. Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten, so hat dieser das Jobcenter Lippe unverzüglich über die Plattform [www.vergabe-westfalen.de](http://www.vergabe-westfalen.de) darauf hinzuweisen.



## Inhaltsverzeichnis

### Vorbemerkung

#### **Teil A    Allgemeine Hinweise**

- A.1      Angebotsabgabe, Ansprechpartner, Fristen
- A.2      Einzelbieter, Bietergemeinschaften, Subunternehmer
- A.3      Darlegung der Bietereignung
- A.4      Aufbau, Form und Inhalt des Angebotes
- A.5      Bieterfragen
- A.6      Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen
- A.7      Prüfung und Wertung der Angebote
- A.8      Kalkulation
- A.9      Zuschlagserteilung/ Vertragsabschluss
- A.10     Kennzeichnung von Geheimnissen, Bieterinformation, Nachprüfungsverfahren

#### **Teil B    Leistungsbeschreibung**

##### **B.1      Allgemeine und produktbezogene Rahmenbedingungen**

- B.1.1    Beschreibung der Maßnahme (Zielsetzung und Einführung)
  - B.1.1.1   Einführung nach dem Kombi- Modell
  - B.1.1.2   Einführung nach dem kooperativen-Modell
  - B.1.1.3   Teilnehmendenplätze
  - B.1.1.4   Vertragszeitraum
- B.1.2    Zielgruppen/Teilnehmende
- B.1.3    Zuweisung und Status der Teilnehmenden
- B.1.4    Zeitlicher Umfang
- B.1.5    Personal
  - B.1.5.1   Allgemeine Regelungen
  - B.1.5.2   Produktbezogene Regelungen
- B.1.6    Räumlichkeiten/Ausstattung
  - B.1.6.1   Allgemeine Regelungen
  - B.1.6.2   Produktbezogene Regelungen
- B.1.7    Durchführung der Maßnahme
  - B.1.7.1   Allgemeine organisatorische Regelungen
  - B.1.7.2   Produktbezogene Regelungen
    - B.1.7.2.1   Ablauf und Struktur
    - B.1.7.2.2   Allgemeine Regelungen
    - B.1.7.2.3   Verbindliche Maßeinhalte, Qualitätssicherung
- B.1.8    Mitteilungs- und Berichtspflichten
- B.1.9    Einbindung des Auftragnehmers in die regionalen Netzwerke
- B.1.10   Angebotspreis/Vergütung
- B.1.11   Umsatzsteuerregelung

##### **B.2      Wertungsbereiche und -kriterien**

#### **Teil C    Vertrag**

#### **Teil D    Vordrucke für die Angebotserstellung inkl. Los- und Preisblatt**

### Vorbemerkung

Das Jobcenter Lippe hat eine Maßnahme „**Berufsausbildung BaE Dual**“ Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung gem. § 16 SGB II i. V. m. §§ 76 ff. SGB III zu vergeben. Das Jobcenter Lippe ist für die ausgeschriebene Leistung sowohl ausschreibende Stelle als auch Auftraggeber.



Die hier vorliegenden Vergabeunterlagen erläutern die zu vergebenden Leistungen textlich und sollen den Bieter in die Lage versetzen, sein Angebot so zweifelsfrei wie möglich zu kalkulieren und zu formulieren. Für die Angebotsausarbeitung und Kalkulation der angebotenen Leistungen stehen dem Bieter unter anderem die Leistungsbeschreibung sowie der Vertrag zur Verfügung. Die in den Vergabeunterlagen enthaltenen Angaben beziehen sich grundsätzlich sowohl auf die männliche/weibliche/diverse Form. Zur besseren Lesbarkeit wurde auf die zusätzliche Bezeichnung der weiblichen und diversen Form verzichtet.

Die Vergabeunterlagen enthalten im Teil A die allgemeinen Hinweise zur Angebotsabgabe und im Teil B die allgemeinen und speziellen Regelungen zur Leistungserbringung. Der Teil C enthält den Vertrag. Die Vordrucke für die Angebotserstellung, sowie das Los- und Preisblatt finden sich in Teil D.

## **Teil A            Allgemeine Hinweise**

**Mit dem Hochladen der Angebotsunterlagen auf [www.vergabe-westfalen.de](http://www.vergabe-westfalen.de) bestätigt der Bieter, dass alle in diesem Vergabeverfahren dargestellten Anforderungen erfüllt werden bzw. danach verfahren wird und die im Teil C enthaltenen Vertragsbedingungen anerkannt werden.**

**Er bestätigt darüber hinaus, über eine Auftragnehmerzulassung nach AZAV zu verfügen. Die Angaben haben wahrheitsgemäß zu erfolgen.**

Die Vergabe des Auftrags wird in Form eines offenen Verfahrens gemäß den Vorschriften des 4. Teils des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und der Vergabeverordnung (VgV) durchgeführt. Bei der Leistung handelt es sich um Leistung gemäß Anhang XIV der Richtlinie 2014/24/EU.

### **A.1            Angebotsabgabe, Ansprechpartner, Fristen**

Die Angebote müssen rechtzeitig bis zum Ablauf der Angebotsfrist über die Plattform [www.vergabe-westfalen.de](http://www.vergabe-westfalen.de) eingereicht worden sein. Nicht rechtzeitig eingegangene Angebote werden zwingend ausgeschlossen. Die Angebote sind in deutscher Sprache zu verfassen. Es gilt deutsches Recht.

**Eine schriftliche Angebotsabgabe (auch per Telefax) ist nicht zugelassen.**

**Nebenangebote** sind unzulässig.

Für die Bearbeitung der Vergabeunterlagen und die Erstellung des Angebotes wird **keine Entschädigung** gewährt. Die Vergabeunterlagen stehen ausschließlich im Projekt-Safe des OWL-Vergabeportals ([www.vergabe-westfalen.de](http://www.vergabe-westfalen.de)) zum Herunterladen zur Verfügung.

Mit Angebotseinreichung ist der Bieter an sein Angebot gebunden, sofern er es nicht bis zum Ablauf der Angebotsfrist über die Plattform [www.vergabe-westfalen.de](http://www.vergabe-westfalen.de) zurückzieht.

**Änderungen, Ergänzungen** oder **Berichtigungen** der Angebote sind bis zum Ablauf der Angebotsfrist zulässig. Sie sind über die Plattform [www.vergabe-westfalen.de](http://www.vergabe-westfalen.de) einzureichen. Angebote können bis zum Ablauf der Angebotsfrist über die Plattform [www.vergabe-westfalen.de](http://www.vergabe-westfalen.de) zurückgezogen werden.

Vergabestelle ist das Jobcenter Lippe – Anstalt öffentlichen Rechts – Wittekindstr. 2 in 32758 Detmold. Ansprechpartner ist Herr Heinrich Laube, Tel. 05231 / 4599-134.

<b>Ende der Frist für Bieterfragen:</b>	<b>25.06.2026</b>
<b>Ende der Angebotsfrist ist der:</b>	<b>13.07.2026    9:00 Uhr</b>
<b>Ende der Bindefrist:</b>	<b>31.07.2026</b>
<b>Versendung Vorinformation an unterlegene Bieter:</b>	<b>16.07.2026</b>
<b>voraussichtliche Zuschlagserteilung:</b>	<b>27.07.2026</b>
<b>Maßnahmebeginn:</b>	<b>17.08.2026</b>



## **A.2 Einzelbieter, Bietergemeinschaften und Subunternehmer**

Bietergemeinschaften sind zugelassen. Mit dem Ausdruck Bieter sind in diesen Vergabeunterlagen auch Bietergemeinschaften gemeint. Die Mitglieder der Bietergemeinschaft haben mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterschriebene Erklärung (Original) abzugeben, in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der bevollmächtigte Vertreter bezeichnet wird. Die Erklärung muss die Verpflichtung enthalten, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber vertritt und dass alle Mitglieder (auch im Falle einer Beauftragung) als Gesamtschuldner haften. Für die Erklärung ist Formular 531 EU zu verwenden. Darüber hinaus muss die Bietergemeinschaft die Gründe für die Zusammenarbeit darlegen, so dass die Vergabestelle die Zulässigkeit des Zusammenschlusses gemäß GWB beurteilen kann.

Es ist zulässig, wenn sich ein Bieter für unterschiedliche Lose an unterschiedlichen Bietergemeinschaften beteiligt. Unzulässig ist es, innerhalb eines Loses als Mitglied einer Bietergemeinschaft und gleichzeitig als Einzelbieter anzubieten. Gleiches gilt, wenn sich ein Bieter an verschiedenen Bietergemeinschaften zu einem Los beteiligt.

Die Einschaltung von Subunternehmern ist nicht zugelassen.

## **A.3 Darlegung der Bieterreignung sowie des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen**

Bei der Auswahl der Bieter, die für den Zuschlag in Betracht kommen, werden entsprechend dem § 122 GWB nur fachkundige und leistungsfähige (geeignete) Bieter berücksichtigt, welche nicht nach den §§ 123-124 GWB vom Vergabeverfahren ausgeschlossen sind. Bei der Beurteilung der Fachkunde und der Leistungsfähigkeit sind gegebenenfalls auch Unterauftragnehmer und konzernverbundene Unternehmen zu berücksichtigen.

**Fachkundig** ist ein Bieter, wenn er über aktuelle und umfassende, der durchzuführenden Maßnahme entsprechende Kenntnisse, Erfahrungen und Fertigkeiten verfügt. Die Fachkunde ist auf Grundlage der vorgelegten Referenz/-en (Nachweis der Leistungsfähigkeit in fachlicher Hinsicht) nachzuweisen.

**Leistungsfähig** ist ein Bieter, wenn er als Unternehmen über die personellen, kaufmännischen, technischen und finanziellen Mittel verfügt, um den Auftrag fachlich einwandfrei und fristgerecht ausführen zu können.

Die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit muss in einem angemessenen Verhältnis zum zu vergebenden Auftragswert stehen. Bei der Bewertung der Leistungsfähigkeit sind auch die notwendigen Investitionen des Auftragnehmers vor der Leistungsaufnahme zu berücksichtigen.

Bei Bietergemeinschaften werden Nachweise zur Fachkunde kumulativ gewertet und sind somit nicht zwingend von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft vorzulegen, während eine Erklärung zur Eignung (Formular 521 EU sowie Erklärung D.5) **von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft** vorzulegen ist.

## **A.4 Aufbau, Form und Inhalt des Angebotes**

Grundlage für die Erstellung des Angebotes sind ausschließlich diese Vergabeunterlagen. Die vorgegebenen aktuellen Vordrucke sind zu verwenden. Eine Nichtverwendung oder Änderung führt zum Ausschluss. Folgende Unterlagen **je Los** sind über [www.vergabe-westfalen.de](http://www.vergabe-westfalen.de) einzureichen (siehe Formular 325 EU):

1.

☒ das elektronische oder unterschriebene schriftliche Angebotsschreiben, Formular 324 EU,

☒ das inhaltliche Angebot mit Angebotspreis auf dem Los- und Preisblatt Vordruck D.9 (S. 55 - 57 der Leistungsbeschreibung)



- ☒ bei Bietergemeinschaften: Bewerber-/Bietergemeinschaftserklärung, Formular 531 EU,
- ☐ bei Unteraufträgen/Eignungsleihe:
  - Erklärung Bieter Unteraufträge/Eignungsleihe, Formular 532 EU und
  - bei Eignungsleihe unterschriebene Verpflichtungserklärung Dritter Unteraufträge/Eignungsleihe, Formular 533 EU.
- ☐ Eigenerklärung zur Sicherungskopie (Formular 527 EU)
- ☒ Vorblatt und Vordruck D.1 (S. 48 der Leistungsbeschreibung)
- ☒ Allgemeine Bieterangaben Vordruck D.3 (S. 49 der Leistungsbeschreibung)
- ☒ Erklärung des Bieters Vordruck D.4 (S. 50 der Leistungsbeschreibung)

## 2.

die unterschriebenen Verpflichtungserklärungen zur Auftragsdurchführung

- ☒ Verpflichtungserklärung Scientology Schutzklausel (Formular 526 EU)

## 3.

sowie die nachstehend angekreuzten Unterlagen, Nachweise bzw. Erklärungen zur Eignungsprüfung:

- ☒ Eigenerklärung zu Ausschlussgründen, (Formular 521 EU)
- ☒ Eigenerklärung zur Bietereignung Vordruck D.5 (S. 51 der Leistungsbeschreibung)

### **zur Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung (§ 44 Vergabeverordnung)**

- ☒ Aktuellen Nachweis über die Eintragung in einem Handels- bzw. Vereinsregister
- ☒ Auftragnehmerzulassung nach der Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung (AZAV)

### **zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit (§ 45 Vergabeverordnung)**

☐

### **zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit (§ 46 Vergabeverordnung)**

- ☒ Nachweis der Fachkunde/Referenzliste Vordruck D.6 (S. 52 der Leistungsbeschreibung)
- ☒ Nachweis über Räumlichkeiten Vordruck D.7 (S. 53 der Leistungsbeschreibung)
- ☒ Erhebungsbogen Mindestqualifikation sowie Vollzeitäquivalente (VZÄ) des Personals – falls noch kein Personal angestellt ist, bitte Mindestqualifikation sowie VZÄ angeben und Name des Mitarbeiters mit „N.N.“ bezeichnen – Vordruck D.8 (S. 54 der Leistungsbeschreibung)

Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen und entsprechend der oben angegebenen Reihenfolge zu gliedern. **Die Angebotsstruktur ist bei der Angebotsabgabe zwingend einzuhalten.**

Das Angebot ist fortlaufend zu nummerieren.



Das Angebot muss die Preise und alle sonstigen geforderten Angaben und Erklärungen enthalten. Angebote auf der Grundlage der Geschäftsbedingungen des Bieters werden ausgeschlossen.

Bei **Bietergemeinschaften** hat der Bevollmächtigte der Bietergemeinschaft den Erklärungen der an der Bietergemeinschaft beteiligten Unternehmen zur Bietereignung (Formular 521 EU) eine gemeinsame Erklärung (D.5) hinzuzufügen.

Die Angaben zur Fachkunde/Referenzen sind für alle Mitglieder der Bietergemeinschaft in einem Vordruck D.6 zusammenzufassen. Die Angaben zu Räumlichkeiten/Außengelände sind für alle Mitglieder der Bietergemeinschaft in einem Vordruck D.7 zusammenzufassen.

Im Konzept soll der Bieter anhand der in der losspezifischen Leistungsbeschreibung aufgeführten Punkte/Kriterien darstellen, wie er anforderungsgerecht die Maßnahme durchführen wird und wie er die Qualität der Durchführung sicherstellt. Dabei ist konkret auf die Maßnahmen einzugehen. Sofern Besonderheiten bei einzelnen Maßnahmen unterschiedliche Vorgehensweisen erfordern, sind diese deutlich herauszustellen.

Das Konzept ist entsprechend der in der **Bewertungsmatrix (dargestellt unter B.2)** vorgegebenen Reihenfolge der Wertungskriterien innerhalb der Wertungsbereiche zu gliedern. Sofern dieses nicht nach der vorgegebenen Gliederung erstellt worden ist, wird es ausgeschlossen.

Der Umfang des Gesamtkonzepts – ohne die in der Vergabeunterlage geforderten Anlagen - darf insgesamt **30 Seiten** (Schriftgrad mindestens 10 pts, Zeilenabstand mindestens einfach) nicht übersteigen. Eine Überschreitung der vorgegebenen Seitenzahl um mehr als 10 % führt zum Ausschluss des Angebotes.

#### **A.5 Bieterfragen**

Sollten im Rahmen der Angebotserstellung maßnahmebezogene oder verfahrensrechtliche Fragen entstehen, deren Beantwortung sich nicht aus den Vergabeunterlagen erschließt, können diese Fragen längstens bis zum Ablauf der unter A.1 genannten Frist ausschließlich über [www.vergabe-westfalen.de](http://www.vergabe-westfalen.de) an die zuständige Vergabestelle zur Beantwortung gestellt werden. Im Interesse der Bieter sollten auftretende Fragen jedoch unverzüglich gestellt werden, damit den Bietern ausreichend Zeit bleibt, die Antworten bei der Angebotskonzepterstellung zu berücksichtigen.

#### **A.6 unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen**

Angebote von Bietern, die in Bezug auf die Vergabe eine unzulässige, wettbewerbsbeschränkende Absprache getroffen haben, werden ausgeschlossen. Wesentliches und unverzichtbares Kennzeichen einer Auftragsvergabe im Wettbewerb ist die Gewährleistung eines Geheimwettbewerbes zwischen den teilnehmenden Bietern. Gibt ein Bieter beispielsweise nicht nur ein eigenes Angebot für ein Los ab, sondern bewirbt er sich daneben auch als Mitglied einer Bietergemeinschaft um den Zuschlag desselben Loses, ist der Geheimwettbewerb unter Umständen nicht mehr gewährleistet.

#### **A.7 Prüfung und Wertung der Angebote**

Es gelangen nur diejenigen Angebote in die Prüfung und Wertung, die sämtliche Anforderungen nach diesen Vergabeunterlagen erfüllen.

Die Auswahl des Auftragnehmers erfolgt für jedes Los getrennt.

Die preisliche Bewertung erfolgt auf Grundlage des in dem Los- und Preisblatt (D.9) eingetragenen Monatskostensatzes je Teilnehmendenplatz (brutto in Euro und inkl. evtl. Umsatzsteuer) und der dazugehörigen Kalkulation.

Die Bewertung des Konzeptinhaltes wird anhand der in der **Bewertungsmatrix (B.2)** aufgeführten Kriterien vorgenommen.

Für die Bewertung der Konzepte gelten ausschließlich folgende vier Bewertungsstufen:

**0 Punkte: Das Leistungsangebot des Bieters entspricht nicht den Anforderungen.**



**1 Punkt: Das Leistungsangebot des Bieters entspricht mit Einschränkungen den Anforderungen.**

**2 Punkte: Das Leistungsangebot des Bieters entspricht den Anforderungen.**

**3 Punkte: Das Angebot des Bieters ist der Zielerreichung in besonderer Weise dienlich.**

Ein Konzept wird mit **0 Punkten** bewertet, wenn die genannten Anforderungen nicht erfüllt sind oder die Konzeption inhaltlich nicht schlüssig dargestellt wurde. Dies gilt auch, wenn die Anforderungen lediglich stichpunktartig ohne weitere konzeptionelle Ausführungen wiederholt werden. Außerdem wird ein Konzept mit 0 Punkten bewertet, wenn es im Hinblick auf die Zielsetzung der Maßnahme keinen Erfolg verspricht.

Ein Konzept wird mit **1 Punkt** bewertet, wenn die genannten Anforderungen mit Einschränkungen erfüllt sind oder die Konzeption inhaltlich Unschärfen aufweist, die Konzeption der Maßnahme aber insgesamt eine erfolgreiche Durchführung erwarten lässt.

Ein Konzept wird mit **2 Punkten** bewertet, wenn die genannten Anforderungen erfüllt sind und die Konzeption inhaltlich schlüssig dargestellt ist sowie im Hinblick auf die Zielsetzung der Maßnahme Erfolg verspricht.

Ein Konzept wird mit **3 Punkten** bewertet, wenn die Konzeption der Zielerreichung in besonderer Weise (z. B. kreative Ideen) dienlich ist und dies in der Konzeption inhaltlich schlüssig dargestellt ist.

Die Bewertungsmatrix besteht aus Wertungsbereichen, die jeweils Wertungskriterien enthalten. Sowohl die einzelnen Wertungskriterien als auch die einzelnen Wertungsbereiche sind gewichtet und mit Relevanzfaktoren versehen (Spalten 4 und 7 der Bewertungsmatrix). Die Gewichtung spiegelt die jeweilige Bedeutung der Wertungskriterien innerhalb des Wertungsbereiches sowie der Wertungsbereiche untereinander wider.

Die Leistungspunkte eines Wertungsbereiches werden wie folgt ermittelt:

1. Die erzielten Wertungspunkte des Wertungskriteriums werden mit dem jeweiligen Relevanzfaktor (Spalte 4) multipliziert.

Aus der Summe der Produkte aller Wertungskriterien eines Wertungsbereiches, dividiert durch die Summe der Relevanzfaktoren wird der gewichtete Mittelwert gebildet und mit 100 multipliziert (Spalte 6). Es erfolgt eine kaufmännische Rundung auf zwei Dezimalstellen. Der so ermittelte Wert kann maximal 300 betragen.

2. Die Leistungspunkte eines Wertungsbereiches ergeben sich aus der Multiplikation des gewichteten Mittelwertes (Spalte 6) mit dem 2. Relevanzfaktor (Spalte 7). Es erfolgt eine kaufmännische Rundung auf zwei Dezimalstellen.

Die Summe der Leistungspunkte eines Loses ergibt sich aus der Addition der Leistungspunkte aller Wertungsbereiche.

Bei den Wertungskriterien **B.2.1.2, B.2.2.2, B.2.3.1 und B.2.3.3** führt eine Bewertung mit 0 Punkten bei **einem** dieser Wertungskriterien zum Ausschluss des Angebotes.

Angebote, bei denen die Summe der Punkte nicht mindestens 85 Prozent der Gesamtpunktzahl beträgt, welche bei durchgängiger Bewertung in der Wertungsstufe „2 Punkte – entspricht den Anforderungen“ erreicht wird, werden von der weiteren Wertung ausgeschlossen.

Nach Beurteilung der angebotenen Qualität und des Los-Gesamtpreises erfolgt die Auswahl des Angebotes, das den Zuschlag zur Durchführung des Loses erhalten soll. Auszuwählen ist das Angebot, das unter Berücksichtigung aller Umstände am wirtschaftlichsten ist. Hierbei wird wie folgt verfahren:

Im **Schritt 1** wird die Kennzahl für das Leistungs-Preis-Verhältnis ermittelt:

$$\text{Kennzahl für das Leistungs-Preis-Verhältnis} = \frac{\text{Gesamtsumme der Leistungspunkte}}{\text{Preis}} \times 100$$



Es erfolgt eine kaufmännische Rundung auf zwei Dezimalstellen.

Im **Schritt 2** wird ein Wert als Korridor aus der Kennzahl des führenden Angebotes und einer weiteren Kennzahl, die sich aus der Kennzahl des führenden Angebotes minus 10 Prozent ergibt, ermittelt. Es erfolgt eine kaufmännische Rundung auf zwei Dezimalstellen.

Im **Schritt 3** werden alle Angebote ermittelt, die innerhalb des Kennzahlkorridors liegen (inklusive der Randwerte). Diese Angebote werden zunächst als gleichwertig betrachtet. Entscheidungskriterium innerhalb dieser Gruppe ist die höchste Leistungspunktzahl, die in der Summe bei den Wertungskriterien **B.2.1.2, B.2.2.2, B.2.3.1 und B.2.3.3** in der Spalte 5 der Bewertungsmatrix erzielt wird. Der nach dieser Vorgehensweise wirtschaftlichste Bieter erhält den Zuschlag. Bei identischen Leistungspunktzahlen im Entscheidungskriterium greift das preisgünstigere Angebot. Bei identischen Ergebnissen erfolgt eine Auslosung.

## **A.8 Kalkulation**

Die Kalkulation des Angebotspreises ist Bestandteil des Angebots und mit diesem einzureichen. In der Kalkulation sind alle im Zusammenhang mit der Maßnahmedurchführung stehenden Positionen in geeigneter Weise darzustellen.

Mit den Angaben in der Kalkulation muss der Angebotspreis rechnerisch nachvollziehbar sein. Die Kalkulation dient unter anderem zur Überprüfung, ob der Angebotspreis im offenbaren Missverhältnis zur Leistung steht (§ 60 Abs. 1 VgV). Die Angaben der Kalkulation werden vertraulich behandelt. Der Auftraggeber behält sich vor, bei Unklarheiten weitere Ergänzungen nachzufordern.

Die an den Auftragnehmer gezahlte Vergütung unterliegt grundsätzlich der Umsatzsteuerpflicht. Gemäß § 4 Nr. 21 Buchstabe a) Umsatzsteuergesetz (UStG) sind Umsätze für Leistungen unter anderem dann steuerfrei, wenn die zuständige Behörde bescheinigt, dass sie auf einen Beruf vorbereiten. Die Entscheidung über die Umsatzsteuerbefreiung trifft die zuständige Landesbehörde. *Zur Umsatzsteuerbefreiung siehe auch B.1.9*

Die Beweislast obliegt dem Bieter, eine Berechnung auf Nettopreisbasis erfolgt auf sein eigenes Risiko. Sofern die Leistung der Umsatzsteuerpflicht unterliegt, beinhaltet der Angebotspreis die fällige Umsatzsteuer.

Entfällt die Umsatzsteuerpflicht für Leistungen ganz oder teilweise nach Angebotsabgabe des Auftragnehmers, so hat der Auftraggeber einen Anspruch auf Anpassung des im Los- und Preisblatt vom Auftragnehmer ausgewiesenen Festpreises. Über den ganzen oder teilweisen Wegfall der Umsatzsteuerpflicht für Leistungen hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich schriftlich zu informieren. Ergeben sich bei der Ermittlung des anzupassenden Festpreises Bruchteile, ist dieser auf 2 Stellen hinter dem Komma kaufmännisch zu runden.

## **A.9 Zuschlagserteilung/Vertragsabschluss**

Die Zuschlagserteilung erfolgt schriftlich. Der Bieter ist bis zum Ablauf der **Bindefrist** an sein Angebot gebunden.

Wird der Zuschlag rechtzeitig und ohne Änderung erteilt, ist der Vertrag mit Zuschlagserteilung zu den Vorgaben dieses Verfahrens auf der Grundlage des Angebotes rechtskräftig zustande gekommen.

## **A.10 Kennzeichnung von Geheimnissen, Bieterinformation, Nachprüfungsverfahren**

Der Bieter wird aufgefordert, die Teile seines Angebotes, die ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis beinhalten, deutlich zu kennzeichnen.



Der Auftraggeber informiert die Bieter gemäß § 62 Abs. 2 VgV über den Zuschlag.

Das Informationsschreiben enthält den Namen des Bieters, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses sowie die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung des jeweiligen Angebotes der betroffenen Bieter.

Zuständig für die Bearbeitung von Vergabebeschwerden ist die:

**Geschäftsstelle der Vergabekammer bei der  
Bezirksregierung Münster  
Albrecht-Thaer-Straße 9  
48147 Münster**

**Fax: +49251-4112165**

**Internet: [www.bezreg-muenster.de/  
de/wirtschaft\\_finanzen\\_kommunalaufsicht/vergabekammer\\_westfalen/index.html](http://www.bezreg-muenster.de/de/wirtschaft_finanzen_kommunalaufsicht/vergabekammer_westfalen/index.html)**



## **Teil B      Leistungsbeschreibung**

### **B.1      Allgemeine und produktbezogene Rahmenbedingungen**

Die im Teil B.1 genannten Anforderungen sind vom Bieter zu erfüllen. Zusätzliche Angaben oder Ausführungen im Konzept sind hierzu nicht erforderlich.

#### **B.1.1      Beschreibung der Maßnahme (Zielsetzung und Einführung)**

**Leistungsgegenstand** der Maßnahme „**BaE Dual**“ ist die Durchführung von Berufsausbildungen in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE) nach § 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. §§ 76 ff. SGB III und §§ 4 ff. Berufsbildungsgesetz (BBiG)/§§ 25 ff. Gesetz zur Ordnung des Handwerks (Handwerksordnung) – allgemeine Berufsausbildung einschließlich Stufenausbildung.

Die Leistung zielt darauf ab, Auszubildenden, die aufgrund einer Lernbeeinträchtigung oder sozialer Benachteiligung besonderer Hilfen bedürfen, durch Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung die Aufnahme, Fortsetzung sowie den erfolgreichen Abschluss einer Ausbildung zu ermöglichen. Dabei hat der Auftragnehmer alle Möglichkeiten wahrzunehmen und auszuschoöpfen, die den Übergang des Auszubildenden in eine betriebliche Ausbildung fördern.

Die Maßnahme „Berufsausbildung BaE Dual“ besteht anteilig aus den Elementen nach dem Kombi-Modell und dem kooperativen Modell.

##### **B.1.1.1      Einführung nach dem Kombi-Modell**

Im sogenannten **Kombi-Modell** werden die Ausbildungsinhalte – unter Einbeziehung von Kooperationsbetrieben mit Eignung nach §§ 27 ff. BBiG/§§ 21 ff. Handwerksordnung – sowohl im Rahmen einer **kooperativen**, als auch **integrativen** Ausbildung vermittelt.

Dabei ist der Auftragnehmer verpflichtet, innerhalb des Ausbildungszeitraums möglichst frühzeitig und zu vorgegebenen Quoten den Übergang von integrativer zu kooperativer Ausbildung bzw. zu betrieblicher Ausbildung zu gewährleisten.

Die ausgeschriebene Leistung unterteilt sich konzeptionell in zwei Ausbildungsabschnitte:

- Der 1. Ausbildungsabschnitt umfasst den Zeitraum vom Ausbildungsbeginn bis zur Beendigung der Zwischenprüfung
- Der 2. Ausbildungsabschnitt umfasst den Zeitraum unmittelbar nach Beendigung der Zwischenprüfung bis zum Abschluss der Ausbildung.

Die Ausbildungsplätze gem. Los- und Preisblatt sind vom Auftragnehmer wie folgt aufzuteilen:

#### **Im 1. Ausbildungsabschnitt**

**90 % integrative Ausbildung**

**10 %** können mit einer **kooperativen Ausbildung** beginnen bzw. in betriebliche Ausbildung übergehen, sofern die Leistungsfähigkeit dies zulässt.

#### **Im 2. Ausbildungsabschnitt**

Mit Beginn des 2. Ausbildungsabschnitts reduziert sich in der Regel der Anteil integrativer Ausbildungen wie folgt:

**In der Regel 60 % kooperative Ausbildung** bzw. Übergang in betriebliche Ausbildung

**In der Regel 40 % integrative Ausbildung**

Die Berufsfelder, die Maßnahmestandorte und die Anzahl der Ausbildungsplätze sind dem Los- und Preisblatt zu entnehmen.

#### **Ausgeschrieben werden die Ausbildungsberufe:**

**am Standort Detmold:**



### **Zweijährige Ausbildungsberufe**

- Maschinen- und Anlagenführer/-in
- Fachkraft Gastgewerbe

### **Dreijährige Ausbildungsberufe**

- Köchin/Koch
- Büromanagement
- Malerhandwerk

#### **B.1.1.2 Einführung nach dem kooperativen Modell**

Im **kooperativen Modell** werden die Ausbildungsinhalte unter Einbeziehung von Kooperationsbetrieben vermittelt, welche die Eignung nach §§ 27 ff. BBiG/§§ 21 ff. Handwerksordnung besitzen.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich mit der Abgabe eines Angebotes, geeignete Kooperationsbetriebe in ausreichender Anzahl zu akquirieren. Darüber hinaus ist er für die möglichst frühzeitige Vermittlung in betriebliche Ausbildung – vorzugsweise in den Kooperationsbetrieb – sowie für die Koordinierung der Ausbildung mit allen beteiligten Stellen (insb. auch mit der Berufsschule) verantwortlich und unterstützt diese in ihrer Aufgabenwahrnehmung, insbesondere durch fachtheoretische Unterweisung sowie sozialpädagogische Begleitung.

Die fachpraktische Unterweisung in den betrieblichen Ausbildungsphasen wird ausschließlich durch den jeweiligen Kooperationsbetrieb durchgeführt. Sowohl Auftragnehmer als auch Kooperationsbetriebe haben die aktuell gültigen Ausbildungsordnungen/Ausbildungsregelungen der einzelnen Berufsausbildungen anzuwenden.

Die Berufsfelder, die Maßnahmestandorte und die Anzahl der Ausbildungsplätze je Ausbildungsbeginnjahrgang sind dem Los- und Preisblatt zu entnehmen.

#### **Ausgeschrieben werden die Ausbildungsberufe:**

**am Standort Detmold:**

#### **Zweijährige Ausbildungsberufe**

- Fachlagerist/-in
- Verkäufer/-in

#### **B.1.1.3 Teilnehmendenplätze**

**Die duale Maßnahme besteht insgesamt aus 16 Teilnehmendenplätzen** für die jeweils **ersten vier Monate** eines 1. Ausbildungsjahres, entsprechend der Dauer der Probezeit.

Eine **Reduzierung** ab dem jeweils **5. Monat** eines 1. Ausbildungsjahres kann um **4 Plätze** erfolgen, wenn der Ausbildungserfolg unwahrscheinlich erscheint.

Die Entscheidung wird im Rahmen der Probezeitgespräche einvernehmlich zwischen dem Auftragnehmer und dem Jobcenter getroffen.

Die Anzahl der Plätze der einzelnen Ausbildungsberufe im jeweiligen Ausbildungsjahr richtet sich nach der beruflichen Interessenlage der Teilnehmenden und nach der realistischen Umsetzungsmöglichkeit beim Auftragnehmer. Eine Konkretisierung erfolgt im Bedarfsfall durch eine einvernehmliche Absprache zwischen Jobcenter und Auftragnehmer. Auf diese Weise soll vermieden werden, dass durch ein hohes Ungleichgewicht auf einzelne Ausbildungsberufe die Zielerreichung gefährdet wird, wenn beispielsweise zu viele einen bestimmten Beruf wählen.

Das Verhältnis der Plätze zwischen dem „Kombi-Modell“ und dem „kooperativen Modell“ ist zueinander offen.



#### **B.1.1.4 Vertragszeitraum**

**Der Vertragszeitraum beginnt mit dem 17.08.2026 und endet spätestens zum 16.08.2029.**

Es besteht eine Option für einen neuen **Ausbildungsbeginnjahrgang am 17.08.2027**, wenn der Auftraggeber die Verlängerung bis spätestens zum 01.05.2027 dem Auftragnehmer gegenüber schriftlich erklärt.

Es besteht eine weitere Option für einen neuen **Ausbildungsbeginnjahrgang am 17.08.2028**, wenn der Auftraggeber die Verlängerung bis spätestens zum 01.05.2028 dem Auftragnehmer gegenüber schriftlich erklärt.

Mit Ablauf der Option(-en) endet der Vertrag, ohne dass es einer Kündigung bedarf. Sämtliche vertraglichen Regelungen gelten für die Optionsmaßnahmen unverändert fort.

#### **B.1.2 Zielgruppen/Teilnehmende**

Zur Zielgruppe gehören – unabhängig von der erreichten Schulbildung – lernbeeinträchtigte und sozial benachteiligte junge Menschen mit Wohnsitz und laufendem SGB II-Bezug in Lippe, die

- die allgemeine Schulpflicht und Berufsschulpflicht erfüllt und das 25. Lebensjahr in der Regel noch nicht vollendet haben und
- wegen der in ihrer Person liegenden Gründe auch mit ausbildungsfördernden Leistungen nicht in einen ausbildenden Betrieb vermittelt werden können und
- deswegen auf eine außerbetriebliche Einrichtung angewiesen sind.

Auszubildende, deren betriebliches oder außerbetriebliches Berufsausbildungsverhältnis vorzeitig gelöst worden ist und deren Eingliederung in eine betriebliche Berufsausbildung auch mit ausbildungsfördernden Leistungen aussichtslos ist, können ihre Ausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtungen fortsetzen, wenn zu erwarten ist, dass die Berufsausbildung erfolgreich abgeschlossen werden kann.

Sozial benachteiligte junge Menschen mit höherer Schulbildung gehören ebenfalls zur Zielgruppe, sofern entsprechende Gutachten des psychologischen Dienstes Entsprechendes aussagen.

Die formale Zuweisung erfolgt ausschließlich durch das Jobcenter Lippe.

#### **B.1.3 Zuweisung und Status der Teilnehmenden**

**Zuweisungsverfahren:** Alle Teilnehmenden durchlaufen unmittelbar vor Beginn der Maßnahme ein Auswahl- und Bewerbungsverfahren, das gemeinsam vom Jobcenter Lippe und dem Auftragnehmer durchgeführt wird. Das Auswahlverfahren findet im Rahmen von Einzelgesprächen zeitnah vor Maßnahmebeginn statt. Entsprechende Termine sowie der Ort für die Durchführung der Gespräche werden in Absprache vereinbart.

Anschließend werden die auf diese Weise ausgewählten Teilnehmenden formell durch das Jobcenter Lippe zugewiesen. Eine Ablehnung von Teilnehmenden durch den Auftragnehmer ist ausgeschlossen.

Der **Status „Teilnehmender“** liegt vor, wenn die Zuweisung durch das Jobcenter Lippe erfolgt ist, der Teilnehmende tatsächlich in die Maßnahme eingetreten und der Ausbildungsvertrag mit ihm geschlossen worden ist. Zum Ende des Status „Teilnehmender“ siehe die Ausführungen unter B.1.3.

Der Teilnehmende ist am ersten Teilnahmetag auf seine Pflichten als Auszubildender (Anwesenheit, aktive Mitwirkung, Verhalten im Krankheitsfall...) **schriftlich** hinzuweisen.

**Auslastung der Teilnehmendenplätze und Ersatzteilnehmende:** Der Auftragnehmer hat für die gesamte Maßnahmedauer die Platzkapazität gemäß dem Los- und Preisblatt vorzuhalten.



Eine Nachbesetzung frei gewordener Teilnehmendenplätze (z. B. durch Vermittlung) durch den Auftraggeber ist solange möglich, wie die zuständigen Stellen die Ausbildungsverträge eintragen und die vorgesehenen Prüfungstermine im Rahmen der Vertragslaufzeit eingehalten werden können.

Zur Sicherstellung der Auslastung der Maßnahme wird der Auftraggeber auf eine kontinuierliche Zuweisung von Teilnehmenden auf frei werdende Teilnehmendenplätze achten.

#### **B.1.4 Zeitlicher Umfang**

Die Dauer der Maßnahme (Vertragsbeginn und –ende) ergibt sich aus dem Los- und Preisblatt.

Die individuelle Förderdauer umfasst in der Regel die Dauer der jeweiligen Ausbildung (zu den Ausnahmen s. u.), sowie im Bedarfsfall auch eine notwendige Verlängerung des Ausbildungsverhältnisses gemäß § 8 BBiG/§ 27c Handwerksordnung.

Die Ausbildung erfolgt grundsätzlich in Vollzeit. Unter den Voraussetzungen des § 7a BBiG und des § 27b Abs. 1 Satz 2 Handwerksordnung ist im Einzelfall eine Ausbildung in Teilzeit möglich, sofern die Einrichtung einer speziell hierauf ausgerichteten Maßnahme realisiert werden kann. Eine Zuweisung mehrerer Teilzeiteilnehmender auf einen Teilnehmendenplatz erfolgt nicht. Eine Ablehnung eines vom Jobcenter benannten Teilnehmenden durch den Auftragnehmer ist nicht möglich. Der Zuschuss zur Ausbildungsvergütung und der Monatspreis je Teilnehmendenplatz reduzieren sich bei einem Teilzeiteilnehmenden nicht. Die verlängerte Teilnahme der Teilzeiteilnehmenden ist über § 22 Abs. 2 der Vertragsbedingungen abgedeckt.

Soweit in den Ausbildungsordnungen bzw. Ausbildungsregelungen nichts Abweichendes bestimmt ist, beträgt die Wochenstundenzahl einschließlich des Berufsschulunterrichtes 39 Zeitstunden ohne Pausen. Die wöchentliche Verteilung der Unterrichtsstunden orientiert sich am Ausbildungsrahmenplan. Die Schutzbestimmungen für junge Menschen, z. B. Jugendarbeitsschutzgesetz, sind zu beachten; dies gilt insbesondere auch für Zeiten der betrieblichen Ausbildungsphasen.

Gemäß den gesetzlichen Bestimmungen ist auf einen möglichst frühzeitigen Übergang der Teilnehmenden in eine betriebliche Ausbildung hinzuwirken. Darüber hinaus ist es erklärter Wille des Jobcenters Lippe, dass möglichst viele Teilnehmende zum Ende des ersten Ausbildungsjahres, bzw. nach erfolgreich bestandener Zwischenprüfung, ihre Ausbildung in einem Betrieb bzw. ihrem Kooperationsbetrieb fortsetzen. Der Auftragnehmer hat daher frühzeitig entsprechende Vermittlungsbemühungen einzuleiten und intensiv auf die Erreichung dieses Zieles hinzuwirken.

Hierzu erfolgt jeweils nach einem Ausbildungsjahr, bzw. nach abgeschlossener Zwischenprüfung, – unter Einbindung des Jobcenters Lippe – die Klärung, ob der Teilnehmende in ein betriebliches Ausbildungsverhältnis übernommen werden kann bzw. ggfls. eine Arbeit aufnehmen kann.

Die entsprechenden Aktivitäten und Vermittlungsbemühungen zur Zielerreichung sind vom Auftragnehmer entsprechend zu dokumentieren und gegenüber dem Jobcenter Lippe nachzuweisen.

Die Förderung wird bis zum Ende der nach dem BBiG bzw. der Handwerksordnung vorgeschriebenen Ausbildungszeit fortgesetzt, wenn der Übergang des Teilnehmenden in ein betriebliches Ausbildungsverhältnis nicht zustande kommt. Die Maßnahme endet für den einzelnen Teilnehmenden mit Übergang in eine betriebliche Ausbildung bzw. mit dem erfolgreichen Abschluss der außerbetrieblichen Ausbildung.

Sofern der Berufsschulunterricht nicht oder nicht in erforderlichem Umfang durch die Berufsschule erfolgt, stellt der Auftragnehmer die entsprechende theoretische Unterweisung sicher. Hierzu hat sich der Auftragnehmer mit der Berufsschule abzustimmen.

Sowohl Stütz- und Förderunterricht als auch sozialpädagogische Begleitung haben kontinuierlich (mindestens einmal wöchentlich vier Zeitstunden) zu erfolgen. Lage, Dauer und Verteilung sind mit dem Kooperationsbetrieb individuell abzustimmen.

Sofern im Einzelfall weniger als vier Zeitstunden pro Woche geleistet werden, sind die ausgefallenen Zeitstunden zeitnah nachzuholen. Ist dies im Ausnahmefall nicht möglich, sind die Gründe zu dokumentieren und dem Jobcenter Lippe schriftlich auf dem Postweg mitzuteilen.



Nimmt ein Teilnehmender regelmäßig weniger als vier Zeitstunden wöchentlich am Unterricht/sozialpädagogischer Begleitung teil, hat der Auftragnehmer geeignete Schritte mit dem Ziel der Vermeidung und/oder Verringerung von Fehlzeiten einzuleiten und zu dokumentieren.

Die Urlaubszeiten richten sich nach den gesetzlichen bzw. den tariflichen Bestimmungen. Für den Jahresurlaub gelten die Regelungen gemäß §§ 15, 16, 17, 18 i. V. m. § 19 Abs. 2 Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG) und § 3 Abs. 1 Bundesurlaubsgesetz (BUrlG).

Der Auftragnehmer stimmt den Urlaub individuell mit den Teilnehmenden ab. Dabei ist darauf zu achten, dass die Urlaubszeiten mit den Ferienzeiten der Berufsschule übereinstimmen.

Die individuelle Zuweisungs-/Teilnahmedauer endet mit

- dem Ende der Probezeit im Falle der Nichtübernahme des Teilnehmenden durch den Auftragnehmer,
- dem Übergang in ein betriebliches Ausbildungsverhältnis bzw. einer Arbeitsaufnahme,
- dem Abbruch der Maßnahme durch den Teilnehmenden

**Besondere Regelungen zur Probezeit:** Die Probezeit beträgt für die ausgeschriebene Leistung bei allen Teilnehmenden **vier Monate**. Mit Beendigung der Probezeit kann die Zahl der Auszubildenden um 4 gesenkt werden. Weitere Details hierzu s. B.1.6.2.

## **B.1.5 Personal**

### **B.1.5.1 Allgemeine Regelungen**

Eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg dieser Leistung ist fachlich qualifiziertes und erfahrenes Personal. Der Personaleinsatz muss quantitativ und qualitativ der Leistungsbeschreibung entsprechen. Die Arbeitsbedingungen des Personals unterliegen den arbeitsrechtlichen Anforderungen. Der Auftraggeber behält sich vor, während der Vertragslaufzeit ohne Vorankündigung jederzeit die Einhaltung der Anforderungen zu überprüfen und Einsicht in Arbeitsverträge, Qualifikationsnachweise und Zeugnisse zu nehmen.

Der Nachweis des Personals nach dem Los- und Preisblatt hat nach Zuschlagserteilung spätestens vier Wochen vor Vertragsbeginn bzw. unmittelbar nach Zuschlagserteilung, wenn der Vertrag früher als in vier Wochen beginnt, mit dem Erhebungsbogen D.8 gegenüber dem Auftraggeber zu erfolgen. Bei Personaländerungen während der Vertragslaufzeit hat der Nachweis des Personals durch den Auftragnehmer unverzüglich und vor Einsatz des Personals in der Maßnahme mit dem Erhebungsbogen D.8 zu erfolgen.

Der Auftraggeber behält sich vor, den Einsatz des Personals abzulehnen, sofern hinsichtlich der Eignung Bedenken bestehen. Gleiches gilt für einen Personalwechsel während der Vertragslaufzeit. Eine Vertretungsregelung im Urlaubs- oder Krankheitsfall ist vom Auftragnehmer sicherzustellen.

Personaleinsatz: Das für die Durchführung der Maßnahme erforderliche Personal ist im entsprechenden Umfang ab Maßnahmebeginn vorzuhalten. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die von ihm zur Durchführung der Maßnahme angegebene Personalkapazität gemäß seinem Angebot ausschließlich für die Leistungserbringung einzusetzen. Das tatsächlich in der Maßnahme eingesetzte Personal ist täglich, namentlich, in Listenform, zu erfassen. Dabei ist der zeitliche Umfang zu dokumentieren. Diese Erfassungslisten sind auf Verlangen vorzulegen.

Bei Prüfungen der Maßnahme vor Ort oder aus sonstigem Anlass hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber den aktuellen Personaleinsatzplan unverzüglich vorzulegen. Die angebotenen Personalkapazitäten dürfen durch andere Tätigkeiten des Auftragnehmers nicht eingeschränkt werden.

Der Auftragnehmer hat entsprechende Personalkapazität für administrative Aufgaben wie Teilnehmendenverwaltung, Fahrkostenerstattung etc. vorzuhalten. Darüber hinaus stellt der Auftragnehmer sicher, dass Personalkapazitäten für einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber, sowie zur Durchführung eventueller Fallkonferenzen zur Verfügung stehen.



### **B.1.5.2 Produktbezogene Regelungen**

Unter Berücksichtigung des zielgruppenspezifischen Betreuungsaufwandes ist folgender **Personalschlüssel im 1. und 2. Ausbildungsabschnitt** verbindlich vorgesehen:

- **Sozialpädagogische Fachkräfte** 1,25 VZÄ
- **Lehrkräfte** 1,25 VZÄ
- **Anleitende** 1,0 VZÄ  
für die integrative Ausbildung im Kombi-Modell

Dabei entspricht der Wert „1“ einem Volumen von wöchentlich 39 Zeitstunden. Ein ergänzender Aufgabenkatalog der Teilzeitmaßnahme beschreibt die Aufgaben für das Personal im Nachmittagsbereich. Dabei ist zu beachten, dass der Personalschlüssel fest steht, d. h. sich auf 16 Teilnehmendenplätze bezieht.

Um den besonderen Anforderungen an die Durchführungsqualität der ausgeschriebenen Maßnahme gerecht zu werden, muss das zum Einsatz kommende Personal über eine maßnahmeadäquate, fachliche Eignung verfügen. Fachlich geeignet ist, wer über einen entsprechenden Studienabschluss, hohe kommunikative Fähigkeiten sowie einschlägige Berufserfahrung verfügt. Darüber hinaus sind detaillierte Kenntnisse über den regionalen Arbeitsmarkt und Berufskunde zwingende Voraussetzung.

Mindestens ein Drittel des in der Maßnahme eingesetzten Personals muss über einschlägige Erfahrungen in der Berufsvorbereitung/Benachteiligtenförderung bzw. Ausbildung von Teilnehmenden bzw. jungen Menschen mit Behinderung verfügen. Bei der Auswahl des Personals ist insbesondere auch auf personelle und soziale Kompetenzen wie Motivationsfähigkeit, Kommunikationsfähigkeit, Kontaktfreude, Teamfähigkeit etc. zu achten.

In der Maßnahme kommen **Lehrkräfte, sozialpädagogische Fachkräfte und Ausbildende** („Kombi-Modell“) zum Einsatz.

Bei den **Lehrkräften** wird ein abgeschlossenes Fachhoch-/Hochschulstudium erwartet. Für Lehrkräfte ohne pädagogische Ausbildung ist zusätzlich eine pädagogische Grundqualifizierung (z. B. Ausbildereignung) zwingend erforderlich. Ersatzweise wird eine abgeschlossene Fachschulausbildung (z. B. Techniker/-in), eine abgeschlossene Meister- oder Fachwirtausbildung anerkannt, soweit dieses Personal zusätzlich eine mindestens dreijährige, berufliche Erfahrung sowie mindestens eine einjährige pädagogische Erfahrung nachweisen kann.

Bei **sozialpädagogischen Fachkräften** wird ein abgeschlossenes Studium der Sozialpädagogik/-arbeit bzw. Soziale Arbeit (Diplom, Bachelor oder Master) erwartet. Pädagogen (Diplom, Bachelor, Master oder Magister Artium) mit dem Ergänzungsfach bzw. Studienschwerpunkten Sozialpädagogik, Sonderpädagogik oder Jugendhilfe werden ebenfalls zugelassen.

Ohne die genannten Ergänzungsfächer bzw. Studienschwerpunkte müssen diese innerhalb der letzten fünf Jahre mindestens eine einjährige, einschlägige Berufserfahrung mit der Zielgruppe gemäß B.1.2 nachweisen. Ein abgeschlossenes Studium schließt auch den Erwerb der Berufsbefähigung (z. B. staatliche Anerkennung) mit ein. Ersatzweise werden auch staatlich anerkannte Erzieher mit einschlägiger Zusatzqualifikation anerkannt, soweit diese mindestens eine dreijährige, berufliche Erfahrung mit der Zielgruppe, innerhalb der letzten fünf Jahre, nachweisen.

Bei **Ausbildenden** im „Kombi-Modell“ wird die persönliche und fachliche Eignung nach §§ 28 ff. BBiG/§§ 22 ff. Handwerksordnung erwartet. Grundsätzlich müssen diese über eine mindestens dreijährige Erfahrung in der Anleitung bzw. Einarbeitung von Auszubildenden in dem Berufsfeld bzw. Ausbildungsberuf, in dem ausgebildet werden soll, verfügen. Die geforderte dreijährige Erfahrung entfällt bei Vorliegen eines Abschlusses als Meister/-in oder Techniker/-in mit Ausbildereignungsprüfung.

Zeiten einer Berufsausbildung oder eines Studiums gelten nicht als Berufserfahrung.



**Personalunion** ist bei entsprechender Qualifikation möglich. Ergeben sich aufgrund der Losgröße Vollzeitstellen in den einzelnen Bereichen, ist Personalunion nicht zugelassen.

Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass das eingesetzte Personal über den für die Durchführung der Maßnahme erforderlichen aktuellen fachlichen und pädagogischen Wissensstand verfügt. Er gewährleistet auch die **laufende Qualifizierung des eingesetzten Personals**. Die Inhalte müssen sich an den in der Maßnahme wahrzunehmenden Aufgaben orientieren. Es ist dem Auftragnehmer freigestellt, ob er selbst die Weiterbildung übernimmt oder diese Leistung bei Dritten einkauft. Je Vertragsjahr ist mindestens 1/3 des eingesetzten Personals, im Umfang von mindestens drei Kalendertagen, weiterzubilden. Dies ist dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen. Die Kosten für die Weiterbildung des Ausbildungs- und Betreuungspersonals sind in den Angebotspreis einzukalkulieren.

Der Auftragnehmer stellt sicher, dass das eingesetzte Personal regelmäßig an externer **Supervision** teilnimmt. Die Supervision ist mindestens im Umfang von 2 Stunden (von je 45 Minuten) alle 3 Monate durchzuführen.

Dem Grundsatz der Kontinuität des Personals ist durch fest angestellte Arbeitnehmer für die jeweilige Vertragslaufzeit Rechnung zu tragen. Für die sozialpädagogische Betreuung sind zwingend **fest angestellte Arbeitnehmer** zu beschäftigen. Als Lehrkräfte sind mindestens 50 % fest angestellte Arbeitnehmer zu beschäftigen. Fest angestellt bedeutet, dass die zwischen dem Auftragnehmer und seinen Mitarbeitenden geschlossenen Arbeitsverträge nicht einen geringeren Zeitraum als die vorgesehene Vertragslaufzeit umfassen dürfen. Minijobs im Sinne § 8 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IV) gehören nicht zum fest angestellten Personal.

Bei **Honorarkräften** werden bei der Bemessung des Personalschlüssels 25 % Vor- und Nachbereitungszeit außerhalb der Maßnahme berücksichtigt. Beim Einsatz von Honorarkräften hat der Auftragnehmer sicherzustellen, dass diese über die Zielrichtung der Maßnahme, die Besonderheiten der Zielgruppe sowie die fachliche Einbindung ihres Beitrags in das Gesamtkonzept informiert sind.

Der **Personaleinsatz** bemisst sich für die gesamte Ausbildung nach der im Los- und Preisblatt festgelegten Teilnehmendenplatzzahl. Soweit in den weiteren Maßnahmejahren weniger Teilnehmende als ursprünglich im Los- und Preisblatt genannt ihre Ausbildung absolvieren, kann das Personal ab dem zweiten Maßnahmejahr reduziert werden. Das vorzuhaltende und einzusetzende Personal richtet sich dann nach der für die Vergütung maßgeblichen Teilnehmendenzahl.

## **B.1.6 Räumlichkeiten/Ausstattung**

### **B.1.6.1 Allgemeine Regelungen**

Der konkrete Maßnahmeort bzw. die konkreten Maßnahmeorte für die Durchführung der ausgeschriebenen Leistung ergibt/ergeben sich aus B.1.1 sowie dem Los- und Preisblatt.

Die Räumlichkeiten und deren Ausstattung haben ab Vertragsbeginn dem aktuellen Stand der Technik, sowie den einschlägigen gesetzlichen Vorgaben zu entsprechen. Der bauliche Zustand, die Sauberkeit und Hygiene der Räumlichkeiten einschließlich der sanitären Einrichtungen müssen eine ordnungsgemäße Durchführung gewährleisten. Nicht geeignet sind Räume wie z. B. Wohn-/Lagerräume, Werkhallen etc. Der Auftraggeber behält sich vor die Räumlichkeiten abzulehnen, sofern hinsichtlich der Eignung Bedenken bestehen. Gleiches gilt für einen Wechsel der Räumlichkeiten während der Vertragslaufzeit.

Für alle räumlichen und ausstattungs-technischen Vorgaben gelten insbesondere folgende aktuell gültige Vorschriften / Empfehlungen:

- die Arbeitsstättenverordnung in Verbindung mit den Arbeitsstättenrichtlinien,
- die gültigen Vorschriften der zuständigen gesetzlichen Unfallversicherungen (Berufsgenossenschaften),
- die Brandschutzverordnung,
- die Landesbauordnung



Der Nachweis der Räumlichkeiten nach dem Los- und Preisblatt hat nach Zuschlagserteilung spätestens vier Wochen vor Vertragsbeginn bzw. unmittelbar nach Zuschlagserteilung, wenn der Vertrag früher als in vier Wochen beginnt, mit dem Erhebungsbogen D.7 gegenüber dem Auftraggeber zu erfolgen.

Die zum Einsatz kommenden Räumlichkeiten müssen in angemessener Zeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar und am Gebäude so ausgeschildert sein, dass sie von Teilnehmenden gut auffindbar sind.

Der Auftraggeber behält sich vor, die Räumlichkeiten zwei Wochen vor Vertragsbeginn zu besichtigen sowie diese jederzeit während der Vertragslaufzeit, auch ohne Vorankündigungen, ggf. zusammen mit einem technischen Berater, auf Einhaltung der Anforderungen zu überprüfen.

PC-Arbeitsplätze (PC, Bildschirm, Software, Drucker), welche für Teilnehmende eingesetzt werden, müssen dem aktuellen Stand der Technik entsprechen. Dies ist dann gegeben, wenn der PC mindestens mit einem aktuellen Betriebssystem (Windows, iOS) und einer aktuellen Office- und Anwendersoftware (zum Beispiel MS-Office, OpenOffice.org) ausgestattet ist. Produkte die keinen Support vom Hersteller erhalten, gelten als veraltet.

Verwendete IT-Systeme müssen über einen Virenschutz und eine Firewall verfügen. Verwendete Bildschirme müssen über eine Bildbreite von 17 Zoll (Notebooks 15 Zoll) verfügen. Alle PC-Arbeitsplätze sind mit Internetzugang auszustatten.

Es ist sicher zu stellen, dass jeder Teilnehmende die von ihm erarbeiteten Aufgaben, Texte und Ähnliches auf einem separaten Speichermedium festhalten kann (z. B. USB-Stick, CD), dass ihm zur Verfügung zu stellen ist.

Unter Einhaltung dieser technischen Standards ist auch der Einsatz von Laptops zulässig. Es ist sicher zu stellen, dass jeder Teilnehmende die von ihm erarbeiteten Aufgaben, Texte, Bewerbungsunterlagen und ähnliches erforderlichenfalls in Farbe ausdrucken kann.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die von ihm angebotenen Räumlichkeiten inklusive Ausstattung während der gesamten Dauer der Maßnahmen vorzuhalten.

### **B.1.6.2 Produktbezogene Regelungen**

Zu den erforderlichen Räumlichkeiten gehören u. a. **Unterrichtsräume, Übungsräume, Besprechungs- und Sozialräume.**

Die räumliche und sächliche Ausstattung muss entsprechend dem Gesamtkonzept (Inhalt, Durchführung und Methodik) für die Dauer der Vertragslaufzeit vollständig und in ausreichender Zahl und Größe zur Verfügung stehen. Nicht geeignet sind Räume wie z.B. Wohn-/Lageräume, Werkhallen etc. Darüber hinaus müssen die Räume in Anzahl und Ausstattung den im Konzept beschriebenen Methoden entsprechen.

**Unterrichtsräume** sind Gruppenräume, in denen die theoretischen Lerninhalte vermittelt werden oder die EDV-Unterweisung erfolgt. Je Teilnehmende ist ein vernetzter PC-Arbeitsplatz mit Internet zur Verfügung zu stellen, der für die entsprechenden Maßeinheiten gem. B.1.6 eingesetzt wird.

Die Nutzungsmöglichkeiten müssen darüber hinaus für Eigenrecherche oder das eigenständige Erstellen von Bewerbungsunterlagen täglich mindestens im Umfang von einer Stunde zur Verfügung stehen. Die PC-Arbeitsplätze müssen den in B.1.5.1 aufgeführten technischen Anforderungen entsprechen.

Für das selbstständige Üben durch die Teilnehmenden sind in ausreichender Zahl und Größe Übungsräume vorzuhalten. Diese müssen weitere PC-Arbeitsplätze im Umfang von 1/6 der Teilnehmendenzahl nach Los- und Preisblatt vorweisen. Die Nutzung der Übungsräume ist begrenzt auf die Anwesenheitszeiten des in der Maßnahme eingesetzten Personals.

Die Unterrichtsräume müssen zeitgemäß ausgestattet sein, insbesondere mit Beamer, Wandtafel und Flipchart. Darüber hinaus sind geeignete Medien für die Vermittlung der Maßeinheiten



vorzuhalten und einzusetzen. Sie müssen einen engen Bezug zur Zielsetzung der Maßnahme haben und die Lernfähigkeit der Teilnehmende angemessen berücksichtigen.

Zusätzlich sind **Besprechungsräume** zur Verfügung zu stellen, in denen Einzelberatungen/Kleingruppengespräche durchgeführt werden können. In den Räumen müssen jeweils 4 – 5 Personen ausreichend Platz haben. Die Räume müssen bei Besprechungen/Beratungen den persönlichen Datenschutz und die Verschwiegenheit gewährleisten.

**Sozialräume** sind im Rahmen der geltenden Vorschriften bereit zu stellen.

Der Auftragnehmer stellt innerhalb seiner Räumlichkeiten sicher, dass die Teilnehmenden Gelegenheit haben, auch außerhalb der Unterrichtszeiten die vermittelnden Inhalte selbständig zu üben. Die Nutzung der Räumlichkeiten für selbständiges Üben ist begrenzt auf die Anwesenheitszeiten der in der Maßnahme beschäftigten Mitarbeitenden im Rahmen der Vertragserfüllung.

Alle Räumlichkeiten sind am Maßnahmeort gem. Los- und Preisblatt zur Verfügung zu stellen. Bei räumlicher Trennung der Ausbildungsstätten innerhalb des im Los- und Preisblatt angegebenen Maßnahmeortes erfolgt die Beförderung der Teilnehmenden zwischen diesen auf Kosten des Auftragnehmers.

## **B.1.7 Durchführung der Maßnahme**

### **B.1.7.1 Allgemeine organisatorische Regelungen**

**Diversity Management:** Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessenslagen von Frauen und Männern, die positive Wertschätzung der individuellen Verschiedenheit, das Erreichen einer produktiven Gesamtatmosphäre, das Verhindern der sozialen Diskriminierung von Minderheiten und die Verbesserung der Chancengleichheit von vornherein und regelmäßig bei der Maßnahmedurchführung zu berücksichtigen.

**Flyer:** Nach Zuschlagserteilung ist vom Auftragnehmer ein Flyer zu erstellen und dem Auftraggeber in gedruckter und elektronischer Form spätestens zwei Wochen vor Maßnahmebeginn zu übergeben. Bei kurzfristigerem Maßnahmenbeginn ist der Flyer innerhalb von fünf Werktagen nach Zuschlagserteilung vorzulegen. Der Flyer hat alle maßnahmerelevanten Informationen zu enthalten (Kontaktdaten, Wegbeschreibung, Eckdaten und wesentliche Inhalte der Maßnahme...). Die genauen Inhalte des Flyers sind vorab mit dem Auftraggeber abzustimmen.

**Erreichbarkeit:** Spätestens zwei Wochen vor Maßnahmebeginn ist die postalische, telefonische und persönliche Erreichbarkeit des für die Maßnahme verantwortlichen Ansprechpartners sicherzustellen und dem Auftraggeber schriftlich mitzuteilen. Änderungen sind dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen. Bei kurzfristigerem Maßnahmenbeginn hat die Mitteilung innerhalb von fünf Werktagen nach Zuschlagserteilung zu erfolgen.

Der Auftragnehmer muss am Maßnahmenort mindestens zu den üblichen Geschäftszeiten montags bis freitags von 08:00 Uhr bis 16:00 Uhr persönlich oder telefonisch erreichbar sein. Auch die Kontaktaufnahme während der oben genannten Gesprächszeiten mit den üblichen Kommunikationsmitteln (Fax, E-Mail, postalisch) muss sichergestellt sein. Auf diesem Wege eingehende Nachrichten sind im Laufe des nächsten Werktages abzuarbeiten und zu beantworten. Die telefonische Erreichbarkeit muss über einen Festnetzanschluss erfolgen. Etwaige kostenintensive Weiterleitungen (z. B. auf bestimmte Service-Nr., Handy, etc.) dürfen weder zu Lasten des Teilnehmenden noch des Auftraggebers gehen.

**Teilnehmendenbezogene Durchführung:** Die in der Maßnahme angewendeten **Methoden und Medien** sollen einen engen Bezug zur jeweiligen Zielsetzung haben und die Lernfähigkeit der Teilnehmenden angemessen berücksichtigen. Den besonderen Bedürfnissen der Teilnehmenden ist Rechnung zu tragen. Die Lernsituation ist so zu schaffen, dass sie an die vorhandenen Kenntnisse, Kompetenzen und beruflichen Erfahrungen der Teilnehmenden anknüpft. Die erforderlichen **Lern- und Arbeitsmittel** sind rechtzeitig zur Verfügung zu stellen und in Unterricht und Unterweisung zu nutzen. Als Lernmittel sind mindestens einzusetzen: Skripte zum Verbleib bei



den Teilnehmenden sowie einschlägige Fachliteratur als Leihexemplar oder Nachschlagewerk. Notwendige **Arbeitsschutzbekleidung** (Arbeitskleidung sowie geeignete Schutzausrüstung) ist vom Auftragnehmer für die Dauer der Maßnahme zur Verfügung zu stellen.

### **B.1.7.2 Produktbezogene Regelungen**

#### **Konzeptgedanke:**

Es kann aufgrund von Erfahrungswerten nicht mehr davon ausgegangen werden, dass die Zielgruppe eine realistische Vorstellung über den Ablauf einer Ausbildung im Betrieb und die persönliche Voraussetzung für einen reibungslosen Ausbildungsverlauf mitbringt. Die Verhaltensanforderungen und auch die Wertigkeit einer Ausbildung sind vielen Teilnehmenden unklar. Daher müssen gängige Werte und Regeln einer Ausbildung anfänglich verstärkt trainiert und gefördert werden.

Insbesondere betrifft dies Kommunikation (mit Auszubildenden, Kolleginnen und Kollegen und anderen Auszubildenden), Pünktlichkeit, Umgang mit Hierarchien, eigenverantwortliches Verhalten, Verbindlichkeit, Frustrationstoleranz usw.

Das Training und die Förderung dieser Werte und Regeln sollen verstärkt im ersten Ausbildungsabschnitt geschehen. Idealerweise erfolgt im kooperativen Modell das Trainieren dieser Werte und Regeln noch während der Suche nach Kooperationsbetrieben. Wiederholungen bieten sich immer bei einem eventuellen Wechsel des Kooperationsbetriebes an. Dies erfolgt durch klares Loben oder Tadeln, sowie durch vorgelebte Rituale, die sowohl das gewünschte Verhalten fördern helfen als auch eine Orientierung innerhalb der Ausbildung bieten. Allgemeines Ziel ist es, den Jugendlichen verstärkt Orientierung und Klarheit über ihr Verhalten und ihren Leistungsstand während der Ausbildung zu geben und sie somit an die ungeschriebenen Anforderungen an einen Auszubildenden im Betrieb vorzubereiten.

Die Kombination aus Regeln und Ritualen, sozialem Kompetenztraining und Praktika soll das Erkennen der einzelnen Ausbildungsabschnitte, die Arbeitsmarktnähe und die Integrationsmöglichkeiten des Auszubildenden fördern. Insbesondere soll dies die Eigenverantwortlichkeit für die zweite Ausbildungshälfte erhöhen und festigen, da diese in einem regulären Ausbildungsbetrieb stattfinden soll.

#### **B.1.7.2.1 Ablauf und Struktur**

Die Ausbildung ist in zwei Ausbildungsabschnitte unterteilt:

##### **1. Ausbildungsabschnitt:**

**Kombi-Modell:** Dieser umfasst den Zeitraum vom Ausbildungsbeginn bis zur Beendigung der Zwischenprüfung. Für ca. **90 %** der Teilnehmenden findet der erste Ausbildungsabschnitt in **integrativer** Form beim Auftragnehmer im Rahmen der inhaltlichen Bestimmungen des Ausbildungsrahmenplans statt. Ca. **10%** der Teilnehmenden können mit einer **kooperativen Ausbildung** beginnen bzw. in betriebliche Ausbildung übergehen, sofern die Leistungsfähigkeit dies zulässt.

Im **kooperativen Modell** umfasst der 1. Ausbildungsabschnitt in der Regel den Zeitraum vom Ausbildungsbeginn bis zur Beendigung der Zwischenprüfung

**Probezeit:** Vor Beendigung der Probezeit kann die Zahl der Auszubildenden um 4 gesenkt werden, wenn der Ausbildungserfolg unwahrscheinlich erscheint. Auswahlkriterien sind Sozialverhalten, Schlüsselqualifikationen und Motivation. Die Auszubildenden mit den schlechtesten Prognosen beenden hier die Ausbildung. Mit ihnen wird der bisherige Ausbildungsverlauf und die Entscheidung für die Beendigung der Ausbildung in einem gemeinsamen Gespräch (Auszubildender, Auftragnehmer, Auftraggeber) thematisiert. Aber in begründeten Einzelfällen kann von der geplanten Reduzierung abgewichen werden.

Für alle anderen Auszubildenden würdigt der Auftragnehmer die Übernahme am Ende der Probezeit in einem entsprechend transparenten Rahmen als Anerkennung und Belohnung der erbrachten Leistung. Es soll deutlich werden, dass hier ein wichtiger Teilschritt auf dem Weg zum erfolgreichen Ausbildungsabschluss erreicht wurde.



Die **Anmeldung zur Zwischenprüfung** und die daran geknüpfte Erwartungshaltung (persönliche Vorbereitung, Einfluss auf die Abschlussprüfung, Leistungsbereitschaft usw.) an den Auszubildenden wird rechtzeitig, sowohl persönlich als auch in der Gruppe, kommuniziert.

Die Anmeldung zur Zwischenprüfung bei der entsprechenden Kammer hat verbindlich und rechtzeitig vom Auftragnehmer zu geschehen. Der Auszubildende hat die Pflicht, sich auf diese Prüfung vorzubereiten und daran teilzunehmen.

Mit **Beendigung der Zwischenprüfung** endet in der Regel der erste Ausbildungsabschnitt. Das Ergebnis der Zwischenprüfung wird vom Auftragnehmer im entsprechenden Rahmen gewürdigt.

## **2. Ausbildungsabschnitt**

**Kombi-Modell:** Dieser findet in der Regel für **60%** der Jugendlichen innerhalb eines externen Ausbildungsbetriebes in kooperativer Form oder im Rahmen betrieblicher Ausbildung statt. In der Regel sind **40 %** der Auszubildenden im zweiten Ausbildungsabschnitt integrativ beim Auftragnehmer weiterzuführen. Der Auftragnehmer hat rechtzeitig für die Anschlussperspektiven der Auszubildenden vor der bestandenen Zwischenprüfung Sorge zu tragen.

### **Ausbildungsbegleitende Elemente**

Im Rahmen der Ausbildung sind vom Auftragnehmer insbesondere folgende Begleitelemente verbindlich durchzuführen:

- Soziales Kompetenztraining, ergänzt um Einzelcoaching bei Bedarf
- Einführungs- und Begleitmanagement inkl. Überleitung und Nachbetreuung
- Betriebspraktika im Kombi-Modell
- Stütz- und Förderunterricht sowie sozialpädagogische Begleitung
- Sonstige flankierende Elemente

Die detaillierte Beschreibung zu Inhalten und Durchführung dieser Elemente ist dem Abschnitt B.1.6.2.3 zu entnehmen.



### **B.1.7.2.2 Allgemeine Regelungen**

Es können pro Maßnahme mehrere Berufe benannt sein. Damit ist ein großes Maß an Flexibilität bei der individuellen Berufswahl gesichert. Die konkrete Berufswahl trifft der Teilnehmende. Er ist hierbei vom Auftragnehmer zu beraten und zu unterstützen.

Bei der **Ausbildung im integrativen Rahmen** obliegt dem Auftragnehmer sowohl die fachtheoretische als auch die fachpraktische Unterweisung. Er hat während dieser Zeit die aktuell gültigen Ausbildungsordnungen/Ausbildungsregelungen der einzelnen Berufsausbildungen inklusive der ggf. länderspezifischen Besonderheiten/Regelungen anzuwenden. Bei den im Rahmen der integrativen Ausbildung vorgesehenen Betriebspraktika stellt er sicher, dass diese im Einklang mit den zu vermittelnden Ausbildungsinhalten umgesetzt werden.

Bei der **kooperativen Ausbildung** wird die fachpraktische Unterweisung in den betrieblichen Ausbildungsphasen ausschließlich durch den jeweiligen Kooperationsbetrieb durchgeführt.

Sowohl Auftragnehmer als auch Kooperationsbetriebe haben die aktuell gültigen Ausbildungsordnungen/Ausbildungsregelungen inklusive der ggf. länderspezifischen Besonderheiten/Regelungen der einzelnen Berufsausbildungen anzuwenden.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich mit der Abgabe eines Angebotes, geeignete Kooperationsbetriebe in ausreichender Anzahl zu akquirieren.

Darüber hinaus ist er für die möglichst **frühzeitige Vermittlung in betriebliche Ausbildung** – vorzugsweise in den Kooperationsbetrieb – sowie für die Koordinierung der Ausbildung mit allen beteiligten Stellen (insb. auch mit der Berufsschule) verantwortlich und unterstützt diese in ihrer Aufgabenwahrnehmung, insbesondere durch fachtheoretische Unterweisung sowie sozialpädagogische Begleitung.

Die Berufsfelder, der Maßnahmestandort und die Anzahl der Ausbildungsplätze sind dem Los- und Preisblatt zu entnehmen.

Sollte sich im Maßnahmeverlauf herausstellen, dass einzelne Teilnehmende den fachlichen Anforderungen der angestrebten Ausbildung trotz intensiver Unterstützung nicht entsprechen können, hat der Auftragnehmer umgehend eine Abstimmung mit dem Jobcenter Lippe herbeizuführen.

Sofern dem angestrebten Ausbildungsberuf in der Ausbildungsordnung weitere Ausbildungsberufe mit kürzerer Ausbildungsdauer (gestufte Ausbildungen nach § 5 Abs. 2 Nr. 1 BBiG/§ 26 Abs. 2 Nr. 1 Handwerksordnung) zugeordnet sein sollten, ist unter Einbeziehung des Teilnehmenden zu klären, ob eine Umstellung des bisherigen Ausbildungsvertrages in einen dieser Ausbildungsberufe sinnvoll ist. Dies setzt in jedem Fall das Einverständnis des Teilnehmenden zur erforderlichen Vertragsänderung voraus. Der Auftragnehmer ist in diesen Fällen verpflichtet, die Inhalte des neuen Ausbildungsberufes zu vermitteln.

Bei positiver Entwicklung des Teilnehmenden ist der vorzeitige Übergang aus Ausbildungen gemäß §§ 64 ff. BBiG/§ 42 Buchst. p-r Handwerksordnung in die entsprechende Ausbildung nach §§ 4 ff. BBiG/§§ 25 ff. Handwerksordnung in Abstimmung mit dem Jobcenter Lippe und bei Einverständnis des Kooperationsbetriebes zu gewährleisten. Der für diesen Teilnehmenden gewährte Monatspreis bleibt unverändert. Bei den zuständigen Stellen ist darauf hinzuwirken, dass Zeiten der Ausbildung nach §§ 64 ff. BBiG/§ 42 Buchst. p-r Handwerksordnung angerechnet werden.

Es dürfen nur **Kooperationsbetriebe** (hierzu zählen auch die Praktikumsbetriebe) akquiriert werden, die die Eignung nach §§ 27 ff. BBiG/§§ 21 ff. Handwerksordnung besitzen und in der Lage sind, den besonderen Belangen der Teilnehmenden gerecht zu werden. Kooperationsbetriebe müssen zudem ihre grundsätzliche Bereitschaft erklären, den Teilnehmenden nach dem Ende des ersten Ausbildungsjahres bzw. Abschnittes in ein betriebliches Ausbildungsverhältnis zu übernehmen und dürfen ihre übliche betriebliche Ausbildungskapazität durch diesen Kooperationsvertrag nicht reduzieren. Sofern die angestrebte Übernahme in ein betriebliches



Ausbildungsverhältnis nicht erfolgt, ist eine Kündigung des Kooperationsvertrages durch den Auftragnehmer möglich.

Die Kooperationsbetriebe sollten sich grundsätzlich am Maßnahmeort befinden. Sollte dies im Einzelfall nicht möglich sein, müssen die Kooperationsbetriebe, ausgehend vom Wohnsitz des Teilnehmenden und im Rahmen der Zumutbarkeitsregelungen gem. § 140 SGB III, erreichbar sein. Dies ist jeweils mit dem Jobcenter Lippe abzustimmen.

Kooperationspartner kann auch ein Ausbildungsverbund, nicht aber der Auftragnehmer selbst sein.

Unmittelbar mit dem Maßnahmeeintritt ist zwischen Auftragnehmer und Teilnehmenden ein Ausbildungsvertrag abzuschließen. Die besonderen Regelungen zur Ausbildungsvergütung sind zu beachten. Zusätzlich zum Berufsausbildungsvertrag schließt der Auftragnehmer – bei kooperativer Ausbildung – einen Kooperationsvertrag mit dem von ihm akquirierten Kooperationsbetrieb sowie dem Teilnehmenden. Der Kooperationsvertrag ist dem Jobcenter Lippe rechtzeitig zur Abstimmung vorzulegen.

Ab Vertragsbeginn hat der Auftragnehmer mit den Teilnehmenden Unterricht und Vermittlungsbemühungen, im Umfang der vorgegebenen Wochenstundenzahl, durchzuführen. Praktika vor Vertragsbeginn, zur Eignungsabklärung von Teilnehmenden in potenziellen Kooperationsbetrieben, sind ausgeschlossen.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, schnellstmöglich nach Teilnehmendenzuweisung, der jeweils zuständigen Stelle die vorgesehenen Kooperationsbetriebe zu benennen und bei der zuständigen Stelle eine Bescheinigung über die Eignung von Ausbildungsstätte und Ausbildungspersonal gem. §§ 27 ff. BBiG/§§ 21 ff. Handwerksordnung für alle Ausbildungsplätze zu beantragen.

Für Teilnehmende, die bis spätestens 6 Wochen vor dem im Leistungsverzeichnis/Losblatt angegebenen Ausbildungsbeginn zugewiesen wurden, ist die Bescheinigung über die Eignung spätestens drei Werktage vor dem im Los- und Preisblatt angegebenen Ausbildungsbeginn dem Auftraggeber unaufgefordert vorzulegen. Bei späterer Zuweisung der Teilnehmenden verlängert sich die Frist entsprechend.

Folgen einer verspäteten Vorlage sind insb. § 25 der Vertragsbedingungen zu entnehmen.

Vor Ausbildungsbeginn ist – bezogen auf die Teilnehmenden am kooperativen Modell – zwischen den Beteiligten (mindestens Auftragnehmer, potenzieller Auszubildender sowie potenzieller Kooperationsbetrieb) ein Abstimmungsgespräch durchzuführen. Im Rahmen des Abstimmungsgesprächs hat der Auftragnehmer die weiteren Beteiligten über Ziele und Zielgruppe der BaE – kooperatives Modell – sowie insbesondere über das Aufgabenspektrum der sozialpädagogischen Begleitung und Umfang sowie Inhalt des Stütz- und Förderunterrichts zu informieren. Die Auswirkungen auf den betrieblichen Ablauf im Kooperationsbetrieb sind umfassend zu besprechen. Zeitpunkt und Inhalt des Gesprächs sind zu dokumentieren.

Unmittelbar nach Abschluss des Ausbildungsvertrages ist der unterschriebene Ausbildungsvertrag einschließlich des Kooperationsvertrages der zuständigen Stelle vorzulegen.

Die eingetragenen Ausbildungsverträge müssen spätestens sechs Wochen nach Eintritt des Teilnehmenden in die Maßnahme dem Jobcenter Lippe vorgelegt werden. Folgen einer verspäteten Vorlage sind insbesondere § 25 der Vertragsbedingungen zu entnehmen.

Der Auftragnehmer hat die Einhaltung der sich aus dem Ausbildungsvertrag ergebenden Rechte und Pflichten des Teilnehmenden zu überwachen. Verstößt der Teilnehmende gegen seine Pflichten, ist der Auftragnehmer gehalten, in Absprache mit dem Jobcenter, arbeitsrechtliche Schritte einzuleiten; hierbei sind die gesetzlichen Bestimmungen zu beachten. Der Auftragnehmer hat die Einhaltung der Schutzbestimmungen, z. B. nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz, zu überwachen. Verstöße sind dem Jobcenter mitzuteilen und vom Auftragnehmer abzustellen.



Der Auftragnehmer hat, abgestimmt auf den individuellen Entwicklungsfortschritt des Teilnehmenden, alle Möglichkeiten wahrzunehmen um einen möglichst frühzeitigen Übergang des Auszubildenden in betriebliche Ausbildung zu fördern, sofern die zuständige Stelle die Ausbildungszeit anrechnet. Seitens des Auftragnehmers ist sicherzustellen, dass ein Übergang in eine betriebliche Berufsausbildung jederzeit möglich ist.

Über die vorzeitige Beendigung der Förderung entscheidet abschließend das Jobcenter Lippe; dies gilt auch für Teilnehmende, die durch ihr Verhalten den Ablauf bzw. den Erfolg der Maßnahme gefährden.

Für Teilnehmende, die im Rahmen der regulären Dauer der Berufsausbildung ihre Ausbildung nicht abschließen konnten (**Wiederholungsprüfung**), verlängert sich das Ausbildungsverhältnis auf Verlangen der Teilnehmenden bis zur nächstmöglichen Wiederholungsprüfung, höchstens um ein Jahr.

**Die fachpraktische und theoretische Qualifizierung der Teilnehmenden hat zielgruppenspezifisch zu erfolgen, daher ist eine Durchführung gemeinsam mit Teilnehmenden aus anderen Arbeitsmarktdienstleistungen ausgeschlossen.**

Fehlzeiten aus wichtigem Grund können vom Auftragnehmer während der Teilnahme an der Maßnahme, in angemessenem Umfang, wie folgt anerkannt werden:

- nicht ärztlich nachgewiesene Krankheit bis zu drei Kalendertagen
- ärztlich nachgewiesene Krankheit (Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung des Arztes)
- Wohnungswechsel
- Eheschließung des Teilnehmenden
- Schwere Erkrankung des Ehegatten oder des Kindes (der Anspruch nach § 19 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. b) BBiG geht dem Anspruch auf Krankengeld gemäß § 45 Abs. 3 Satz 1 SGB V vor
- Niederkunft der Ehefrau
- Ableben des Ehegatten oder eines Kindes oder eines Eltern- oder Schwiegerelternteils
- Wahrnehmung amtlicher, insbesondere polizeilicher oder gerichtlicher Termine
- Ausübung öffentlicher Ehrenämter und Teilnahme an Einsätzen oder Ausbildungskursen im Rahmen des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes
- Regelung sonstiger wichtiger persönlicher Angelegenheiten und Teilnahme an religiösen Festen

Zeiten der Arbeitsunfähigkeit sind vom Teilnehmenden ab dem vierten Tag der Arbeitsunfähigkeit durch eine ärztliche Bescheinigung nachzuweisen. Die Arbeitsunfähigkeit ist dem Auftragnehmer vom Teilnehmenden sofort mitzuteilen. Die Teilnehmenden sind hierüber vom Auftragnehmer zu Beginn der Maßnahme zu informieren. Insofern die ärztliche Bescheinigung bis zum vierten Tag nicht beim Auftragnehmer vorliegt, gilt der Teilnehmende ab dem ersten Tag der Arbeitsunfähigkeit als unentschuldigt. Bei Nachreichen der ärztlichen Bescheinigung gilt der Teilnehmende entsprechend der Angaben der ärztlichen Bescheinigung als entschuldigt.

Das Jobcenter Lippe ist unverzüglich zu informieren, wenn das **Erreichen des Maßnahmeziels gefährdet** ist. Eine Unterrichtung des Auftraggebers erfolgt auch dann, wenn begründete Anhaltspunkte für einen Abbruch vorliegen oder wegen häufiger Fehlzeiten das Erreichen des Maßnahmeziels gefährdet ist. Für den Fall, dass ein Teilnehmender die Ausbildung nicht antritt, vorzeitig beendet, abbricht oder die Prüfung nicht besteht, ist dem Jobcenter Lippe unverzüglich eine entsprechende Mitteilung zu machen.

Die Teilnehmenden sind nach § 318 Abs. 2 Nr. 1 SGB III verpflichtet, dem Auftragnehmer der Maßnahme auf Verlangen Auskunft über den Eingliederungserfolg der Ausbildung zu erteilen. Die Teilnehmenden sind hierüber zu Beginn der Ausbildung zu informieren.

Wird die Berufsausbildung außerbetrieblich zu Ende geführt, hat der Auftragnehmer darauf hinzuwirken, dass der Teilnehmende seinen Verpflichtungen nach § 38 SGB III nachkommt.



### **Sonderregelung für Auszubildende, die ihre Ausbildung in BaE fortsetzen**

Auszubildende, deren betriebliches oder außerbetriebliches Berufsausbildungsverhältnis vorzeitig gelöst worden ist, können ihre Ausbildung unter Anrechnung der bisherigen Ausbildungszeit in der Maßnahme fortsetzen, wenn zu erwarten ist, dass die Berufsausbildung in dieser Maßnahme erfolgreich abgeschlossen werden kann.

Die außerbetriebliche Fortsetzung einer abgebrochenen betrieblichen oder außerbetrieblichen Berufsausbildung soll grundsätzlich unter vollständiger Anrechnung der bisherigen Ausbildungszeit erfolgen. Hierzu ist ein gemeinsamer schriftlicher Antrag des Auszubildenden und Ausbildenden (Auftragnehmer) bei der zuständigen Stelle erforderlich.

Es ist Aufgabe des Auftragnehmers, diesen Antrag, in Abstimmung mit dem Teilnehmenden, zum Zeitpunkt des Abschlusses des Ausbildungsvertrages, zu stellen (§ 8 Abs. 1 S. 1 BBiG/§ 27b Abs. 1 S. 1 Handwerksordnung). Bei Minderjährigen ist die Zustimmung der gesetzlichen Vertreter erforderlich. Die Form der Beantragung ist mit der jeweils zuständigen Stelle abzustimmen.

Für diese Zielgruppe gelten grundsätzlich die gleichen Regelungen wie für Auszubildende, welche die Ausbildung in BaE neu beginnen. Es gelten folgende Besonderheiten:

Eine Zuweisung dieser Auszubildenden kann nur erfolgen, sofern ein geeigneter Kooperationsbetrieb zur Verfügung steht. Vor diesem Hintergrund werden dem Auftragnehmer zunächst die Kontaktdaten des für eine Fortsetzung der Ausbildung vorgesehenen Auszubildenden schriftlich, auf dem Postweg, zugeleitet. Es obliegt dem Auftragnehmer, zunächst in einem persönlichen Gespräch mit dem Auszubildenden (spätestens innerhalb einer Woche) die Ausgangssituation zu erörtern. Das Ergebnis des Erstgesprächs ist dem Jobcenter umgehend mitzuteilen.

Für die Akquise eines geeigneten Kooperationsbetriebes, welcher die Ausbildung zu Ende führt, steht dem Auftragnehmer ein Zeitraum von maximal sechs Wochen, beginnend ab Zuleitung der Kontaktdaten, zur Verfügung; diese Akquise wird nicht gesondert vergütet. Nach Ablauf der sechsten Woche ist mit dem Jobcenter umgehend abzustimmen, ob die Suche nach einem geeigneten Kooperationsbetrieb fortgesetzt werden soll oder eine Zuweisung in BaE nicht weiterverfolgt wird.

Die Bescheinigung über die Eignung von Ausbildungsstätte und Ausbildungspersonal des Kooperationsbetriebs gem. §§ 27 ff. BBiG/§§ 21 ff. Handwerksordnung ist dem Auftraggeber spätestens drei Werktage nach Zuweisung in die jeweilige Maßnahme unaufgefordert vorzulegen.

Voraussetzung für eine Zuweisung ist, dass der in Frage kommende Prüfungstermin im Rahmen der Vertragslaufzeit liegt. Eine Zuweisung setzt voraus, dass freie Teilnehmendenplätze vorhanden sind.

### **Überbetriebliche Ausbildungsabschnitte**

Soweit in der Ausbildungsordnung des jeweiligen Ausbildungsberufes bzw. durch Ausbildungsregelungen oder durch einen Beschluss der Vollversammlung der zuständigen Stelle überbetriebliche Ausbildungsabschnitte verbindlich vorgeschrieben sind, hat der Auftragnehmer die Teilnahme zu gewährleisten. Sofern er von der zuständigen Stelle berechtigt wird, kann der Auftragnehmer die Vermittlung der Inhalte dieser überbetrieblichen Ausbildungsabschnitte selbst übernehmen.

### **B.1.7.2.3 Verbindliche Maßnahmeinhalte, Qualitätssicherung**

Der Auftragnehmer ist als Ausbildender nach dem BBiG bzw. der Handwerksordnung für die vollständige und ordnungsgemäße Durchführung des Ausbildungsvertrages verantwortlich. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sich regelmäßig in den Betriebsräumen des Betriebes davon zu überzeugen, dass der Auszubildende ordnungsgemäß ausgebildet und nicht zu ausbildungsfremden Zwecken eingesetzt wird.



Die Ausbildung erfolgt nach den aktuell gültigen Ausbildungsordnungen bzw. -regelungen und deren Ausbildungsrahmenplänen. Eine Wiedergabe der Inhalte im Rahmen der Angebotsabgabe ist nicht erforderlich.

Darüber hinaus sind folgende Elemente im Rahmen der Ausbildung vom Auftragnehmer durchzuführen:

### **Verstärktes Sozialtraining und Einzelcoaching**

Folgende Inhalte sind im Rahmen des sozialen Kompetenztrainings verbindlich umzusetzen:

- **Knigge-/Benimmtraining:** dieses dient der Sensibilisierung für allgemeine Grundlagen des Verhaltens im privaten als auch beruflichen Bereich und beinhaltet
  - unausgesprochene Verhaltensregeln und Erwartungen in Firmen
  - Begrüßungs-, Umgangsformen
  - Erscheinungsbild, Kleidung
  - Hygiene, Wahrnehmung einer Person mit allen Sinnen
- **Kommunikationsstrategien und -regeln in Betrieben**
- **Anforderungen im Unternehmen:** persönliche und fachliche Anforderungen
- **Sozialverhalten im betrieblichen Rahmen**
- **Persönlichkeitstraining:** Umgang mit Anforderungen, was sind die besonderen Herausforderungen oder auch Belastungen? Was macht mir Spaß? Worin bestehen spätere Anknüpfungen?
- **Regelmäßige Reflexion der o. a. Themen** über die gesamte Ausbildungsdauer, verstärkt jedoch im Rahmen der Probezeit
- Bei Bedarf findet **Einzelcoaching** für den Teilnehmenden statt

### **Einführungs- und Begleitmanagement**

Zur inhaltlichen Vertiefung des Konzeptgedankens wird vom Auftragnehmer die konzeptionelle Ausarbeitung eines **Einführungs- und Begleitmanagements** gefordert.

In der **Einführungszeit vom Kombi-Modell** sollen die Jugendlichen eine konkrete Orientierung über den Rahmen und die Erwartungen an Auszubildende erhalten; hierzu gehört das Klären von Regeln, Unterstützung und Zielklärung bei der Praktikumsplatzsuche, Gruppenfindungsprozesse usw.

Dies geschieht auch, um die Jugendlichen in die für sie als lang empfundene zeitliche Dauer der Ausbildung einzubinden und eventuelle Unterschiede zwischen einem gewöhnlichen Maßnahmebezug zu verdeutlichen. Die Unterstützung hat individuell und bedarfsgerecht zu erfolgen; die vom Jobcenter erhaltenen Vorabinformationen sind hierbei grundsätzlich einzubeziehen.

**Einführungszeit vom Kooperativem-Modell:** Möglichst am Anfang der Ausbildung, vor Findung eines Kooperationsbetriebes, soll eine besondere Einführungszeit, zeitlich kompakt und in sich abgeschlossen, stattfinden. Inhalte dieses Einführungsmanagements sind insbesondere verstärktes, soziales Kompetenztraining; Vorbereitung auf die Berufsschule; Erarbeiten von Verhaltensstrategien; Klärung von Regeln während der Ausbildung; Abläufe der Ausbildung; Gruppenfindungsprozesse usw. Die Unterstützung hat individuell und bedarfsgerecht zu erfolgen; die vom Jobcenter erhaltenen Vorabinformationen sind hierbei grundsätzlich einzubeziehen.

Das **Begleitmanagement** erstreckt sich über die gesamte Ausbildungszeit. Ziel ist es, frühzeitig Gefahren zu erkennen, die zum Abbruch der Ausbildung führen könnten.

Wesentliche Eckpunkte eines Begleitmanagement sind:

- die Einbindung der Berufsschule,
- die Rückholtage,
- die aufsuchende Arbeit,
- die Interventionsstrategien sowie



- die Bildung alternativer und realistischer Anschlussperspektiven im Falle des Abbruchs.

Bei erfolgreicher Teilnahme ist auch das **Überleitungsmanagement**, nach oder während der Ausbildung, in Arbeit bzw. ungeforderte, weitere Ausbildung, zu konzeptionieren. Die Vernetzung mit allen relevanten Akteuren wie Ansprechpartner im Jobcenter, in den Betrieben, in der Berufsschule etc. muss funktional bestehen.

Bedarfsorientiert und sofern vom Betrieb und Auszubildenden gewünscht bietet der Auftragnehmer während der ersten drei Monate nach betrieblicher Übernahme in ungeforderte Ausbildung/Beschäftigung eine **Nachbetreuung** an.

### **Betriebspraktika im Kombi-Modell**

Innerhalb des 1. Ausbildungsabschnitts (inkl. der Probezeit) sind von jedem Auszubildenden im integrativen Modell betriebliche Praktika, in anerkannten Ausbildungsbetrieben, in folgendem Umfang, verbindlich zu absolvieren:

- a) Bei zweijährigen Ausbildungen: Zwei Betriebspraktika zu jeweils 20 Arbeitstagen, wobei das erste Praktikum noch innerhalb der Probezeit stattfinden soll.
- b) Bei dreijährigen Ausbildungen: Drei Betriebspraktika zu jeweils 20 Arbeitstagen, wobei das erste Praktikum noch innerhalb der Probezeit stattfinden soll.

Jeweils 14-tägig ist ein Rückholtag durchzuführen. Rückholtag und Berufsschultage sind nicht in die 20-tägigen Praktika einzurechnen.

Ziele sind neben der Vermittlung von Ausbildungsinhalten auch die Förderung der fachlichen und persönlichen Eignung sowie die Orientierung in einem wirtschaftlichen Ausbildungsbetrieb, um die zweite Ausbildungshälfte dort in kooperativer Form oder ohne Förderung zu bestreiten (Klebeffekt). Regelmäßige Rückholtage während des Praktikums sollen die Anpassung und die Orientierung in einem wirtschaftlichen Ausbildungsbetrieb unterstützen helfen.

Für die maximal 40 % der Teilnehmenden eines Loses, die auch nach dem 1. Ausbildungsabschnitt noch in integrativer Ausbildung verbleiben, sind im 2. Ausbildungsabschnitt Betriebspraktika wie folgt zu absolvieren:

- a) Bei zweijährigen Ausbildungen: 40 Arbeitstage Praktikum
- b) Bei dreijährigen Ausbildungen: 60 Arbeitstage Praktikum

Berufsschul- und Rückholtag sind jeweils nicht in diese Praktikumstage einzurechnen.

Die Praktika sind vom Auftragnehmer intensiv zu begleiten.

### **Stütz- und Förderunterricht**

Der Erwerb von fachtheoretischen, -praktischen und allgemeinbildenden Kenntnissen (hier insbesondere Deutsch und Mathematik) ist durch den Einsatz von Stütz- und Förderunterricht abzusichern. Die Teilnehmenden sind durch gezielte Aktivitäten auf die jeweilige Zwischen-, Teil- bzw. Abschlussprüfung vorzubereiten. Neben der fachlichen Vorbereitung ist auch ein spezielles Training im Umgang mit Prüfungsstress, Prüfungsangst und Prüfungsdruck durchzuführen.

Im **Stützunterricht** sind den Teilnehmenden die zur Ausbildung erforderlichen fachtheoretischen, -praktischen und allgemeinbildenden Inhalte zielgruppen- und voraussetzungsgerecht zu vermitteln bzw. deren Vermittlung zu unterstützen und zu stabilisieren. Der Stützunterricht ist kontinuierlich für alle Auszubildenden einzusetzen und mit den im Berufsschulunterricht vermittelten Unterrichtsinhalten abzustimmen.

Der **Förderunterricht** ist individuell einzusetzen - insbesondere können hier für Teilnehmende mit Fluchtbiografie fehlende, prüfungsrelevante Deutschkenntnisse, oder für Teilnehmende mit geringen Bildungsressourcen, prüfungsrelevante Allgemeinkenntnisse vermittelt werden. Der Förderunterricht ist methodisch an den Fähigkeiten sowie an dem individuellen Entwicklungspotenzial der Teilnehmenden auszurichten. Den Teilnehmenden sind generell neue Lerntechniken zu eröffnen. Dabei sollen Inhalte und Zusammenhänge aufgezeigt, verdeutlicht und dauerhaft in das Wissens- und



Handlungspotenzial übernommen werden. Der Förderunterricht ist bei Bedarf mit anderen Lernsituationen zu verzahnen.

### **Sozialpädagogische Begleitung**

Ziel der sozialpädagogischen Begleitung ist die nachhaltige Stabilisierung des Teilnehmenden, um die dauerhafte Eingliederung zu erreichen. Die sozialpädagogische Begleitung fördert die beruflichen sowie sozialen Handlungskompetenzen und unterstützt die Entwicklung des Teilnehmenden in Bezug auf die Anforderungen der Arbeits- und Lebenswelt.

Ausgehend von der Feststellung persönlicher Fähigkeiten sowie individueller Bedürfnisse ist die sozialpädagogische Begleitung bedarfsorientiert, während der gesamten Ausbildungsdauer sowie an den unterschiedlichen Lernorten durchzuführen. Hierbei ist ein besonderer Schwerpunkt darauf zu setzen, Indizien für einen drohenden Maßnahmeabbruch frühzeitig zu erkennen und diesen durch gezielte Angebote möglichst zu vermeiden.

Die sozialpädagogischen Angebote sind auf die Fachpraxis und -theorie abzustimmen. Zu den Angeboten gehören insbesondere:

- Krisenintervention
- Konfliktbewältigung
- Elternarbeit
- Alltagshilfen
- entwicklungsfördernde Beratung und Einzelfallhilfe
- Verhaltenstraining
- Suchtprävention
- Angebote zur Förderung der Selbstständigkeit
- die Zusammenarbeit und der Informationsaustausch mit den an der Ausbildung Beteiligten
- regelmäßige Unterstützungsangebote für die Kooperationsbetriebe bei der Qualifizierung der Teilnehmenden
- Hausbesuche bei Teilnehmenden, die der Maßnahme (z. B. unentschuldigt) fern bleiben
- regelmäßige Sprechstundenangebote

Um motivationsbedingte Abbrüche möglichst zu vermeiden, sind bedarfsgerechte Angebote zur Motivation der Teilnehmenden zu unterbreiten.

### **Sonstige flankierende Elemente**

#### **Zielgruppengerechte Methodik und Didaktik**

Ziel ist es, die Teilnehmenden durch den Einsatz spezieller didaktischer Lernangebote in die Lage zu versetzen, das Maßnahmeziel zu erreichen.

Die Angebote sind am Kompetenzansatz auszurichten und haben die besondere Situation der Teilnehmenden zu berücksichtigen. Es sind Lernsituationen zu schaffen, die an den vorhandenen Kenntnissen und Kompetenzen anknüpfen und in denen die Teilnehmenden ihre Fähigkeiten erkennen und zur Geltung bringen können.

Die zielgruppengerechte Methodik und Didaktik muss sich sowohl auf Fachtheorie als auch -praxis beziehen. Es sind verschiedene Methoden, insbesondere Gruppen- und Einzelunterricht, Projekt- und Gruppenarbeit, Arbeitsaufträge, Übungen und Rollenspiele einzusetzen. Folgende Lehrmittel sind einzusetzen und vorzuhalten:

- Allgemeine und berufsspezifische Fachliteratur, die den Anforderungen der gültigen Ausbildungsordnung entspricht und für welche die jeweilige Zulassung erteilt ist. Die berufsspezifische Fachliteratur ist nicht vorzuhalten, aber im Bedarfsfall unverzüglich bereitzustellen.
- Arbeitsmittel, Arbeitsbögen, Skripte, Prüfungsbögen usw., sind zum Verbleib beim Teilnehmenden zur Verfügung zu stellen
- Allgemeine und berufsbezogene Lern-Software
- Vermittlung hiesiger soziokultureller Rahmenbedingungen im beruflichen Kontext



Bei Teilnehmenden mit Fluchtbiografie sind die soziokulturellen Besonderheiten und Erfahrungen mit einzubeziehen.

### **Entwicklung und Förderung von Schlüsselkompetenzen**

Die Entwicklung und Förderung von Schlüsselkompetenzen als berufsübergreifende Kompetenzen hat eine große Bedeutung, um die Teilnehmenden auf die wachsenden Anforderungen, z. B. im Bereich der Selbstorganisation und der Problemlösung in der Arbeitswelt, vorzubereiten. Die Entwicklung von Kompetenzen im Rahmen einer ganzheitlichen Persönlichkeitsentwicklung stellt eine Querschnittsaufgabe dar und ist während der gesamten Maßnahme gezielt zu fördern.

Insbesondere sollen gefördert werden:

- Persönliche Kompetenzen (z. B. Motivation, Leistungsfähigkeit, Selbstbild, Selbsteinschätzung, Selbstsicherheit, Offenheit, Wertehaltung, Empathie)
- Soziale Kompetenzen (z.B. Kommunikation, Kooperation/Teamfähigkeit, Konfliktfähigkeit)
- Methodische Kompetenzen (z. B. Problemlösung, Arbeitsorganisation, Lernfähigkeit, Einordnung und Bewertung von Informationen)
- Lebenspraktische Fertigkeiten (z. B. Umgang mit Behörden, Umgang mit Geld, Hygiene, Tagesstruktur, Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, Einkauf, Selbstversorgung, Erscheinungsbild, Freizeitgestaltung)
- Interkulturelle Kompetenzen (z. B. Verständnis und Toleranz für sowie Umgang mit anderen Kulturen, Traditionen, Religionen)
- IT- und Medienkompetenz (selbstständige Anwendung und zielgerichtete Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnik sowie Printmedien)

### **Berücksichtigung zielgruppenspezifischer Besonderheiten**

Die Benachteiligtenförderung differenziert nach spezifischen Zielgruppen, um deren ausbildungshemmende Faktoren auszugleichen, die der Aufnahme einer betrieblichen Ausbildung entgegenstehen.

Dabei verlangt die Ausbildung der Teilnehmenden eine individuelle Planung der Phasen der Ausbildung, um den erfolgreichen Übergang in betriebliche Ausbildung und Beschäftigung zu gewährleisten. Bei Eintritt in die Maßnahme zählen zu den Phasen der Ausbildung vor allem die Einstiegsphase und Orientierungsphase, die Arbeitswelterfahrung durch Ausbildungsphasen, im weiteren Verlauf die Prüfungsvorbereitung sowie der Übergang in adäquate Beschäftigung nach Abschluss der Ausbildung.

### **Betriebliche Eingliederung**

Ziel ist die Eingliederung in eine ungeforderte Ausbildung, beziehungsweise nach Abschluss der Ausbildung die Eingliederung in Arbeit.

Der Auftragnehmer besitzt fundierte Kenntnisse des regionalen Ausbildungs- und Arbeitsmarktes. Er hat diese Kenntnisse durch Marktanalyse und -beobachtung regelmäßig zu aktualisieren. Die Kenntnisse über den regionalen Ausbildungsmarkt müssen sowohl Ausbildungen nach §§ 4, 5 ff. BBiG/§§ 25 ff. Handwerksordnung als auch §§ 64 ff. BBiG/§ 42 Buchst. k-m Handwerksordnung einbeziehen.

Der Auftragnehmer hat im Hinblick auf die Eingliederung der Teilnehmenden gezielt Ausbildungs- und Arbeitsstellen in erforderlichem Umfang zu akquirieren und die Teilnehmenden bei ihren Eigenbemühungen aktiv, unter Einbeziehung der Netzwerkpartner, zu unterstützen.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle von ihm akquirierten Ausbildungsstellen, die nicht mit den zugewiesenen Teilnehmenden besetzt werden können, das Einverständnis des Arbeitgebers vorausgesetzt, dem Jobcenter mitzuteilen.

### **Vermittlungs- und Erfolgsbonus**



Die erfolgreiche Arbeit des Auftragnehmers in Bezug auf die vorzeitige Vermittlung während der Ausbildung, bzw. die unmittelbare Vermittlung im Anschluss an die Ausbildung, wird mit einem Bonus wie folgt honoriert:

- Vermittlung aus der außerbetrieblichen Ausbildung in eine betriebliche Ausbildung:

Bei vorzeitiger und nachhaltiger Vermittlung aus der außerbetrieblichen Ausbildung in eine betriebliche Ausbildung wird dem Auftragnehmer eine **Vermittlungspauschale** nach § 79 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 SGB III gewährt. Die Pauschale beträgt 2.000,00 Euro (ggf. einschließlich der gesetzlichen Umsatzsteuer) für jede durch den Auftragnehmer zustande gekommene Vermittlung. Die Vermittlung gilt als vorzeitig, wenn die oder der Auszubildende spätestens zwölf Monate vor dem vertraglichen Ende der außerbetrieblichen Berufsausbildung vermittelt worden ist. Die Vermittlung gilt als nachhaltig, wenn das Berufsausbildungsverhältnis länger als vier Monate fortbesteht. Die Pauschale wird für jeden Auszubildenden nur einmal gezahlt. Vom Auftragnehmer ist nachzuweisen, welche Aktivitäten des Auftragnehmers zur erfolgreichen Vermittlung beigetragen haben.

Zum Erhalt der Vermittlungspauschale hat der Auftragnehmer eine Kopie des eingetragenen Ausbildungsvertrages sowie eine Bestätigung des Ausbildungsbetriebes über den Fortbestand des Ausbildungsverhältnisses über den vorgenannten Zeitraum beim Auftraggeber einzureichen.

- Vermittlung in versicherungspflichtige Beschäftigung:

Bei nachhaltiger Vermittlung zum Ende der außerbetrieblichen Ausbildung in Beschäftigung wird dem Auftragnehmer eine Vermittlungspauschale von 2.000,00 Euro gewährt. Dies gilt nicht, wenn vorher schon der Übergang in eine betriebliche Ausbildung gelungen ist und bereits entsprechend honoriert wurde. Die Vermittlung gilt als nachhaltig, wenn das Beschäftigungsverhältnis länger als 4 Monate fortbesteht. Vom Auftragnehmer ist nachzuweisen, welche Aktivitäten des Auftragnehmers zur erfolgreichen Vermittlung beigetragen haben. Zum Erhalt der Vermittlungspauschale hat der Auftragnehmer eine Kopie des eingetragenen Ausbildungsvertrages sowie eine Bestätigung des Ausbildungsbetriebes über den Fortbestand des Ausbildungsverhältnisses über den vorgenannten Zeitraum beim Auftraggeber einzureichen.

### Qualitätssicherung

Zur Sicherung der Qualität hat der Auftragnehmer die Durchführung der Maßnahme zu evaluieren. Hierbei hat er unterschiedliche Erkenntnisquellen zu nutzen, hieraus mögliche Handlungsbedarfe abzuleiten und für eine entsprechende Umsetzung zu sorgen. Erkenntnisquellen können insbesondere sein:

- Teilnehmendenbefragungen
- Befragungen des in der Maßnahme eingesetzten Personals
- Rückmeldungen aus Betrieben
- Fehlzeiten- und Abbruchanalyse sowie
- Auswertung des Maßnahmeerfolgs.

Auf Verlangen sind dem Auftraggeber die Ergebnisse der Analysen vorzulegen und Umsetzungsprozesse darzustellen.

Zur Realisierung der im kooperativen Modell fortzuführenden Ausbildung hat der Auftragnehmer geeignete Kooperationsbetriebe gem. den im Los- und Preisblatt dargestellten Berufen, in ausreichendem Umfang, zu werben.



### **B.1.8 Mitteilungs- und Berichtspflichten**

Der Auftragnehmer informiert das Jobcenter Lippe unverzüglich über Fehlzeiten.

**Anwesenheit:** Der Auftragnehmer führt eine tägliche Anwesenheitsliste. Fehlzeiten aus wichtigem Grund sind gesondert zu kennzeichnen und können vom Auftragnehmer analog entsprechender tarifvertraglicher Regelungen anerkannt werden. Zeiten der Arbeitsunfähigkeit sind vom Teilnehmenden am ersten Tag telefonisch mitzuteilen und ab dem vierten Tag durch eine ärztliche Bescheinigung nachzuweisen. Der Nachweis der Arbeitsunfähigkeit ist von dem Teilnehmenden spätestens am vierten Tag der Arbeitsunfähigkeit beim Auftragnehmer schriftlich einzureichen. Die Teilnehmenden sind hierüber zu unterrichten.

Die Teilnehmenden sind nach § 318 Abs. 2 Nr. 1 SGB III verpflichtet, dem Auftragnehmer der Maßnahme auf Verlangen **Auskunft über den Eingliederungserfolg** zu erteilen. Die Teilnehmenden sind hierüber zu Beginn der Maßnahme zu informieren.

**Anwesenheitslisten** sind innerhalb der ersten KW des Folgemonats an den Auftraggeber zu übersenden.

Bei Nichtantritt, unzureichender Mitwirkung, Abbruch oder Gefährdung des Maßnahmeziels, sowie allen sonstigen relevanten **Veränderungen** (Vertragsänderungen, Umzug etc.) informiert der Auftragnehmer den Auftraggeber ebenfalls unverzüglich per E-Mail.

Vom Auftragnehmer sind nachstehend aufgeführte **Berichte** zu erstellen und entsprechend der vorgegebenen Fristen dem Auftraggeber zur Verfügung zu stellen:

#### **4 Wochen nach Ausbildungsbeginn: Anamnesebericht mit folgenden Inhalten:**

- Daten zum Auszubildenden, Name, Vorname, Kundennummer, Telefonnummer, zuständiger BfI
- Inhalte und Ergebnisse des Erstgesprächs
- individuelle Situation und bisherige Erfahrungen mit dem Auszubildenden
- Stärken und Schwächen des Auszubildenden
- Individuelle Förderplanung für den Auszubildenden

Der Anamnesebericht wird im PDF-Format im Anhang an eine E-Mail fristgerecht an die maßnahmekoordinierende Person des Jobcenters Lippe geschickt.

#### **10 Wochen nach Ausbildungsbeginn: Zusammenstellung der Kooperationsbetriebe**

- Nur für Auszubildende des kooperativen Modells
- Name, Anschrift
- Ansprechpartner bzw. Ausbildungsverantwortlicher im Betrieb
- Die Liste ist bei Bedarf fortlaufend zu aktualisieren

#### **3 Monate nach Ausbildungsbeginn: Probezeitgespräche**

- Mit Auftragnehmer, Auszubildendem und Maßnahmekoordinator des Auftraggebers sowie bei Bedarf dem zuständigen U 25-BfI
- Themen: bisheriger Ausbildungsverlauf sowie Chancen zur Übernahme nach Probezeit, Fehlzeiten, Krankheitszeiten, Abmahnungen sowie fachliches und persönliches Verhalten
- Evtl. bereits absolvierte oder anstehende Betriebspraktika
- Übersendung eines Zwischenstandsberichts 2 Wochen **vor** dem Probezeitgespräch zur Vorbereitung der maßnahmekoordinierenden Person auf das Gespräch. Der Bericht wird im PDF-Format im Anhang an eine E-Mail fristgerecht an die maßnahmekoordinierende Person geschickt, damit eine Vorbereitung auf das Gespräch gewährleistet ist.



### **Ende der Probezeit:**

- Definitive Entscheidung bzgl. der Auszubildenden, die zum Ende der Probezeit ausscheiden
- Abschlussbericht für die betroffenen Auszubildenden mit den relevanten, fortgeschriebenen Angaben (s. Anamnesebericht) einschließlich evtl. weiterer Unterstützungsbedarfe, im PDF-Format, als E-Mail-Anhang, an die maßnahmekoordinierende Person.
- Für alle anderen: feierliches Ritual nach bestandener Probezeit mit Auszubildenden, Auftragnehmer und maßnahmekoordinierender Person

### **Zwischenprüfung:**

- Mitteilung über Ergebnisse der stattgefundenen Zwischenprüfung oder Begründung, wenn diese ausgefallen ist
- Mitteilung über den weiteren kooperativen oder integrativen Verlauf der Ausbildung (nur Kombi-Modell)

### **Jahres-/Zwischenstandsbericht:**

- Zu jedem Auszubildenden über den aktuellen Stand, bisherigen Ausbildungsverlauf mit aufgetretenen Schwierigkeiten, Stärken und Schwächen, Praktika, Rückmeldungen aus der Praxis (Kooperationsbetriebe, Berufsschule)
- Bericht über den weiteren Verbleib bzgl. Übergangs in kooperative oder betriebliche Ausbildung
- Dokumentation der Bemühungen des Auftragnehmers im Hinblick auf die Vermittlung in betriebliche Ausbildung, ggf. Darlegung der Hinderungsgründe
- Vorzulegen nach 12 Monaten bei zweijähriger Ausbildung bzw. 24 Monaten bei dreijähriger Ausbildung

### **Absolventenmanagement:**

- Spätestens drei Monate vor Ausbildungsende
- Kurzbericht über die Anschlussperspektiven jedes Auszubildenden per E-Mail an die maßnahmekoordinierende Person

### **Teilnehmendenbezogener Abschlussbericht:**

- Über Ergebnis und Verbleib des Auszubildenden am Ende der Ausbildung.
- Beinhaltet im Falle einer Nichtübernahme Einschätzung der Eingliederungschancen sowie Empfehlungen zu Anschlussperspektiven
- Format des Abschlussberichts wird zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer abgestimmt und per E-Mail an die maßnahmekoordinierende Person übersendet

### **Teilnehmendenbezogener Abschlussbericht bei vorzeitigem Austritt/Kündigung:**

- Verlaufsbericht mit Zusammenfassung der bisherigen Berichte, sowie Begründung für das Ende der Ausbildung und evtl. Nennung vorhandener Unterstützungsbedarfe
- Per E-Mail an die maßnahmekoordinierende Person
- Unmittelbar, spätestens innerhalb einer Woche nach Austritt.

Die Berichte sind mit dem Auszubildenden im Regelfall vorab zu erörtern; ihm ist auf Wunsch eine Kopie auszuhändigen.

### **Weitere Formate:**

- Jahresgespräch oder Halbjahresgespräche nach Bedarf (alle 6 Monate) über Zahlen, Daten, Fakten, Zielerreichung, Themengebiete, Situation der Auszubildenden usw. der Ausbildungsbeginn-jahrgänge. Personal incl. Leitung beider Einrichtungen begeben sich regelmäßig zur Prozessoptimierung in einem praktischen Austausch.
- Maßnahmeabschlussbericht vier Wochen nach dem Ende der Maßnahme per Mail an den Auftraggeber

## **B.1.9 Einbindung des Auftragnehmers in die regionalen Netzwerke**



Der Auftragnehmer muss im regionalen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt verankert und vernetzt sein. Sofern eine Verankerung und Vernetzung nicht besteht, hat er diese rechtzeitig bis zum Vertragsbeginn aufzubauen und kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Verankerung und Vernetzung bedeutet insbesondere die intensive Zusammenarbeit mit den relevanten örtlichen Akteuren wie z. B. Betrieben, Kammern, Verbänden, Beratungseinrichtungen und sonstigen für die Integration maßgeblichen Einrichtungen.

Kooperationsstrukturen mit Netzwerkpartnern, die für den Teilnehmenden bereits bestehen, sind im Sinne eines ganzheitlichen Unterstützungsansatzes fortzuführen. Wenn im Maßnahmeverlauf ein entsprechender vermittlungsrelevanter Handlungsbedarf ersichtlich wird, sind entsprechende Netzwerkpartner einzuschalten und deren Hilfeleistung einzelfallbezogen einzusetzen.

### **B.1.10            Angebotspreis/ Vergütung**

**Die Vergütung für diese Maßnahme setzt sich wie folgt zusammen:**

Monatspreis je Teilnehmendenplatz und Maßnahme = Angebotspreis

Die Zahlungsmodalitäten sind den Vertragsbedingungen zu entnehmen.

Im Rahmen des Angebotspreises sind alle mit der Durchführung der Maßnahme in unmittelbarem Zusammenhang stehenden Kosten zu berücksichtigen, dies gilt insbesondere für:

- Kosten für erforderliche Lehr- und Lernmittel, die den Teilnehmenden unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden müssen
- Prüfungsgebühren inkl. Gesellenstück
- notwendige Arbeitskleidung und -geräte einschließlich der auf Grundlage von Unfallverhütungsvorschriften notwendigen Arbeitsschutzkleidung und -ausrüstung
- Ggf. zusätzliche Fahrkosten für Fahrten zwischen unterschiedlichen Ausbildungsstätten am Maßnahmeort
- Versandkosten bei postalischer Datenübermittlung
- Kosten für Bewerbung und Vorstellung bei Kooperationsbetrieben sowie für die angestrebte Übernahme in betriebliche Berufsausbildung
- Supervision des Personals (Lehrkraft, Sozialpädagoge, Ausbilder) im Umfang von 2 x 45 Minuten alle 3 Monate

Fahrkosten zu den Kooperationsbetrieben und zur Berufsschule gehören nicht zu den Maßnahmekosten.

Die vom Auftragnehmer beschaffte Arbeitskleidung sowie Arbeitsschutzkleidung geht nach Ablauf der Probezeit in das Eigentum der Teilnehmenden über.

Für Tätigkeiten im Rahmen bestimmter Berufe bzw. Berufsbereiche sind die Teilnehmenden nach § 43 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (IfSG) zu belehren. Die erstmalige Belehrung gem. § 43 Abs. 1 IfSG hat vor Ausübung der entsprechenden Tätigkeiten über das zuständige Gesundheitsamt zu erfolgen und wird bescheinigt. Die für die erstmalige Belehrung anfallenden Kosten werden auf Einzelnachweis durch das Jobcenter erstattet. Sofern die Vorlage eines aktuellen Führungszeugnisses erforderlich ist, werden die Kosten auf Einzelnachweis durch das Jobcenter erstattet.

Folgende Kosten fließen nicht in den Angebotspreis ein und werden separat erstattet:

- **Kosten für überbetriebliche Ausbildungsabschnitte**,  
sofern diese entweder in der Ausbildungsordnung des jeweiligen Ausbildungsberufes bzw. durch Ausbildungsregelungen oder durch einen Beschluss der Vollversammlung der zuständigen Stelle verbindlich vorgeschrieben sind.



Eine separate Kostenerstattung erfolgt nicht, wenn die Inhalte dieser überbetrieblichen Ausbildungsabschnitte (mit Einverständnis der zuständigen Stelle) vom Auftragnehmer selbst im Rahmen der Maßnahme (d. h. mit dem in der Maßnahme eingesetzten Personal) vermittelt werden.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die im Zusammenhang mit der Teilnahme an obligatorischen überbetrieblichen Ausbildungsabschnitten anfallenden Kosten im Vorfeld mit dem Jobcenter abzustimmen.

Nicht verbindlich vorgeschriebene, überbetriebliche Angebote sind bei Inanspruchnahme aus dem Angebotspreis zu bestreiten.

- **Zuschuss zur Ausbildungsvergütung** gemäß § 79 Abs. 2 SGB III i. V. mit § 17 Abs. 2 Nr. 1 Berufsbildungsgesetzes (BBiG).

Hierbei handelt es sich um Bruttobeträge, die auch den Arbeitnehmeranteil an dem Gesamtsozialversicherungsbeitrag enthalten. Neben diesem Zuschuss zur Ausbildungsvergütung wird der vom Auftragnehmer zu tragende Gesamtsozialversicherungsbeitrag übernommen.

Die Zahlung erfolgt bis zum individuellen Ausbildungsende der Teilnehmenden.

Ändert sich der Leistungssatz nach § 17 Abs. 2 Nr. 1 Berufsbildungsgesetzes (BBiG) so ist der neue Leistungssatz der Berechnung ab Inkrafttreten zugrunde zu legen.

Der Zuschuss zur Ausbildungsvergütung darf die geltende tarifliche oder ortsübliche Ausbildungsvergütung nicht übersteigen. Dies gilt auch dann, wenn sie niedriger ist als der Höchstbetrag für den Zuschuss.

Etwaige sonstige Leistungen wie Urlaubsgeld sind nicht zu berücksichtigen.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Teilnehmenden eine Ausbildungsvergütung in Höhe des sich hiernach ergebenden Zuschussbetrages zu zahlen.

Die Sozialversicherungsbeiträge werden unabhängig von der Höhe der Ausbildungsvergütung immer allein vom Auftragnehmer getragen.

Über die Höhe des vom Auftragnehmer zu tragenden und vom Auftraggeber zu erstattenden Gesamtsozialversicherungsbeitrages entscheiden die Krankenkassen als Einzugsstellen gem. § 28 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IV).

Bei unentschuldigten Fehltagen wird der Zuschuss zur Ausbildungsvergütung anteilig gekürzt.

Beiträge zur Umlagenfinanzierung werden dem Auftragnehmer nicht erstattet.

- **Unfallversicherung der Teilnehmenden nach § 79 Abs. 2 S. 3 SGB III**
- **Vermittlungspauschale**

Sämtliche erforderlichen Nachweise müssen spätestens bis zum Ablauf von sechs Monaten nach Ende des jeweiligen Vertragsjahres vorgelegt werden (Ausschlussfrist). Für die Fristenberechnung gelten die Regelungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB).

### **B.1.11 Umsatzsteuerregelung**

Abschnitt 4.21.2 Abs. 3 des Umsatzsteuer-Anwendungserlasses (UStAE) vom 01.10.2010 (BStBl I S. 846) in der konsolidierten Fassung (Stand 17.01.2017) führt zu den Voraussetzungen für eine Steuerbefreiung gemäß § 4 Nr. 21 Buchstabe a des Umsatzsteuergesetzes (UStG) aus:

„Die Vorbereitung auf einen Beruf umfasst die berufliche Ausbildung, die berufliche Fortbildung und die berufliche Umschulung; die Dauer der jeweiligen Maßnahme ist unerheblich (vgl. Art. 44 der MwStVO). Dies sind unter anderem Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung im Sinne von § 45 SGB III mit Ausnahme von § 45 Abs. 4 Satz 3 Nr. 2 und Abs. 7 SGB III, Weiterbildungsmaßnahmen entsprechend den Anforderungen der §§ 179, 180 SGB III, Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen (einschließlich der Berufsvorbereitung und der blindentechnischen und vergleichbaren



speziellen Grundausbildung zur beruflichen Eingliederung von Menschen mit Behinderung) im Sinne von § 112 SGB III sowie berufsvorbereitende, berufsbegleitende bzw. außerbetriebliche Maßnahmen nach §§ 48, 130 SGB III, §§ 51, 53 SGB III, §§ 75, 76 SGB III bzw. § 49 SGB III, die von der Bundesagentur für Arbeit und – über § 16 SGB II – den Auftragnehmern der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach §§ 6, 6a SGB II gefördert werden. Mit ihrer Durchführung beauftragen die Bundesagentur für Arbeit und die Auftragnehmer der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach §§ 6, 6a SGB II in manchen Fällen gewerbliche Unternehmen oder andere Einrichtungen, z. B. Berufsverbände, Kammern, Schulen, anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen, die über geeignete Ausbildungsstätten verfügen. Es ist davon auszugehen, dass die genannten Unternehmen und andere Einrichtungen die von der Bundesagentur für Arbeit und den Auftragnehmern der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach §§ 6, 6a SGB II geförderten Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen im Rahmen einer berufsbildenden Einrichtung im Sinne des § 4 Nr. 21 Buchstabe a UStG erbringen.“

Für die aufgeführten Maßnahmen wird, sofern sie Gegenstand dieser Leistungsbeschreibung sind, bestätigt, dass sie die zu bescheinigenden Voraussetzungen gemäß § 4 Nr. 21 Buchst. a Doppelbuchstabe bb UStG erfüllen. Sie bereiten auf einen Beruf oder eine vor einer juristischen Person des öffentlichen Rechts abzulegende Prüfung ordnungsgemäß vor. Diese Bestätigung tritt im Rahmen des vereinfachten Verfahrens an die Stelle der Bescheinigung der zuständigen Landesbehörde.

Das in Abschnitt 4.21.5 Abs. 5 UStAE geregelte vereinfachte Verfahren ist nur zulässig, wenn die für die Erteilung der Bescheinigung zuständige Landesbehörde sich mit der Anerkennung einverstanden erklärt hat und von der BA bzw. dem Jobcenter hierauf in der Bestätigung hingewiesen wird. Bei Beginn des Vergabeverfahrens konnten Einverständniserklärungen – generell für die vom Abschnitt 4.21.2 Abs. 3 S. 2 UStAE erfassten Maßnahmen – für folgende Bundesländer berücksichtigt werden:

Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen.



## **B.2 Wertungsbereiche und –kriterien**

Der Bieter hat in seinem Angebotskonzept **analog der Gliederung der folgenden Wertungsbereiche und –kriterien** darzustellen, wie er anforderungsgerecht die Maßnahmen durchführen wird und wie er die Qualität der Durchführung sicherstellt. **Dabei ist konkret auf die Maßnahmen des jeweiligen Loses einzugehen (z. B. auf die Zielgruppe, besondere Belange). Sofern Besonderheiten bei einzelnen Maßnahmen des Loses unterschiedliche Vorgehensweisen erfordern, sind diese deutlich herauszustellen.**

Verweise, z. B. auf andere Stellen des Angebotes, auf Anlagen, Firmenberichte etc. können nicht die an dieser Stelle geforderten Ausführungen im Konzept ersetzen und werden nicht gewertet. Eine Konzeptberatung durch den BedarfsAuftragnehmer darf nicht erfolgen.

Wertungsbereiche	Wertungskriterien	Punkte 0-3	Rele- vanz-fak- tor	Erzielte Wertungs- punkte (Sp.3xSp.4 )	Gewichte- ter Mittel- wert x 100	Gewich- tung der Wertungs- bereiche
1	2		4	5	6	7
<b>B.2.1 Regionaler Arbeitsmarkt so- wie Verankerung und Vernetzung</b>	<b>B.2.1.1 Regionaler Ausbildungs- und Arbeitsmarkt</b> Stellen Sie die Situation sowie die Entwicklungen auf dem regionalen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt in Bezug auf die Ausbildungsberufe gem. Los- und Preisblatt dar.		2			15
	<b>B.2.1.2 örtliche Zusammenarbeit</b> Beschreiben Sie allgemein Art und Umfang der Zusammenarbeit mit den örtlichen Betrieben, Verbänden und sonstigen relevanten Ausbildungspartnern. Beschreiben Sie insbesondere aber Art und Umfang der Zusammenarbeit mit den Berufsschulen als maßgeblichen Partner in der Ausbildung mit folgenden Schwerpunkten: Aufrechterhaltung eines regelmäßigen Berufsschulbesuches, Lern- und Sozialverhalten in der Berufsschule, informeller Austausch mit der Berufsschule. Vom Bieter werden hier detaillierte und schlüssige Aussagen erwartet		4*			
<b>B.2.2 Eingliederungsstrategie/ Eingliederungschancen und Akquise</b>	<b>B.2.2.1 Eingliederungsstrategie</b> Beschreiben Sie ihre Eingliederungsstrategie für die frühzeitige Vermittlung der Teilnehmenden in betriebliche Ausbildung insbesondere auch gegen Ende eines Ausbildungsjahres und die Vorbereitung der Auszubildenden auf diesen Schritt. Gehen Sie dabei insbesondere auf die Bedeutung der betrieblichen Ausbildungsphasen und die Zusammenarbeit mit den externen Betrieben ein. Zeigen Sie auf, wie		3			



	<p>Sie den Übergang von dem ersten in den zweiten Ausbildungsabschnitt, die Vermittlung in die betriebliche Ausbildung frühzeitig bzw. zum Ende der Ausbildung die Eingliederung in Arbeit realisieren wollen.</p> <p>Hier können Sie – sofern Sie innerhalb der letzten beiden Jahre am Maßnahmeort bzw. in der Region BaE durchgeführt haben, Ihre Strategie durch bisher erzielte Integrationsergebnisse untermauern: Teilnehmende insgesamt/ vorzeitige Übergänge in betriebliche Ausbildung/ bestandene Abschlussprüfungen/anschließende Übergänge in Arbeit. Sofern noch keine BaE in der Region durchgeführt wurden, beziehen Sie Ihre Integrationsergebnisse aus anderen Regionen ein</p>					<b>30</b>
	<p><b>B.2.2.2 Integrationschancen:</b> Beurteilen Sie die Eingliederungschancen der Teilnehmenden auf dem (über-) regionalen Arbeitsmarkt und geben eine Einschätzung ab, wie viele vorzeitige Übertritte in betriebliche Ausbildung Sie voraussichtlich erreichen werden. Beschreiben Sie Ihre Argumentation gegenüber den Betrieben, wenn es um die Übernahme der Auszubildenden nach der Zwischenprüfung in kooperative bzw. betriebliche Ausbildung geht.</p>		<b>4*</b>			
	<p><b>B.2.2.3 Akquise (Dual):</b> Beschreiben Sie, wie Sie den erforderlichen Umfang von Ausbildungs- und Arbeitsstellen in Betrieben und für die einzelnen Ausbildungsphasen termingerecht und qualitativ für die Auszubildenden sicherstellen.</p>		<b>3</b>			
<b>B.2.3 Organisation und Durchführungsqualität</b>	<p><b>B.2.3.1 Exemplarischer Ablauf bis zur Zwischenprüfung</b></p> <p>Skizzieren Sie beispielhaft jeweils im <i>Kooperativen-Modell</i> und <i>Kombi-Modell</i> anhand eines konkreten Ausbildungsberufes das erste Ausbildungsjahr unter besonderer Berücksichtigung der Probezeit (Auswahl der endgültigen TN), Zwischenprüfung und Perspektiven. Berücksichtigen Sie dabei auch den Ansatz „Regeln und Rituale“. Stellen Sie dabei dar, wie Sie die Verzahnung von Theorie und Praxis umsetzen. Gehen Sie auch darauf ein, wie Defizite in der Fachtheorie erkannt und aufgearbeitet werden</p>		<b>4*</b>			



	<b>B.2.3.2 Vorbereitung der Teilnehmenden – Kombi-Modell</b> Beschreiben Sie Ihr Vorgehen, wie Sie die Teilnehmenden auf den Wechsel in kooperative Ausbildung bzw. nach Abschluss der Ausbildung in betriebliche Ausbildung (drittes Jahr) bzw. in Arbeit vorbereiten. Gehen Sie hierbei auch auf die Einbindung von verstärktem Sozialtraining und Einzelcoaching ein.		4			40
	<b>B.2.3.3 Stütz-, Förderunterricht, Sozialtraining und Einführungs-, Begleit- und Überleitungsmanagement</b> Erläutern Sie die möglichen Inhalte von Stütz- und Förderunterricht, sowie verstärktem Sozialtraining. Erläutern und beschreiben Sie detailliert Umsetzung und Inhalte Ihres <b>Einführungs-, Begleit- und Überleitungsmanagements</b> . Beschreiben Sie ihre methodischen und didaktischen Vorgehensweisen am Beispiel eines Teilnehmenden.		4*			
	<b>B.2.3.4 Abbrüche</b> Erläutern Sie Ihre pädagogische Vorgehensweise, um von Beginn an motivationsbedingten Abbrüchen entgegenzuwirken		3			
<b>B.2.4 Individuelle Förderplanung</b>	<b>B.2.4.1 Individuelle Förderplanung:</b> Beschreiben Sie beispielhaft Ihre Individuelle Förderplanung anhand eines Teilnehmenden in einem ausgeschriebenen Ausbildungsberuf des Loses. Bei dem Teilnehmenden treten nach einigen Monaten persönliche Schwierigkeiten mit dem Ausbildungspersonal, Unpünktlichkeit und Defizite der fachpraktischen Kenntnisse auf. Gehen Sie dabei auch auf die Inhalte sowie die Art der Förderung und Unterstützung ein.		4			15



B.1.

**Teil C**  
**Vertrag über die Durchführung einer Maßnahme**  
**nach § 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. §§ 76 ff. SGB III**

Vergabenummer: LIP-07/2026

zwischen  
dem  
Jobcenter Lippe  
vertreten durch den Vorstand  
Stefan Susat  
Wittekindstraße 2  
32758 Detmold  
nachfolgend Auftraggeber genannt  
und

.....

nachfolgend Auftragnehmer genannt



## **A) Allgemeine Regelungen**

- § 1 Vertragsgegenstand
- § 2 Vertragsbestandteile
- § 3 Vertragslaufzeit
- § 4 Durchführung des Vertrages
- § 5 Vergütung
- § 6 Rechnungslegung
- § 7 Haftungsausschluss
- § 8 Pflichtverletzung durch den Auftragnehmer, Vertragsstrafe
- § 9 Kündigungsrechte des Auftraggebers
- § 10 Datenschutz
- § 11 Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
- § 12 Scientology-Ausschluss
- § 13 Rücktritt und Antikorruptionsklausel
- § 14 Informationspflichten und Prüfrecht
- § 15 Beauftragung von Subunternehmern
- § 16 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- § 17 Beteiligung Dritter am Vertragsverhältnis
- § 18 Zuständigkeit und Vertretung
- § 19 Schriftformerfordernis und Salvatorische Klausel
- § 20 Erfüllungsort und Gerichtsstand

## **B) Besondere Regelungen**

- § 21 Unfallversicherung
- § 22 Besonderheiten zur Vertragslaufzeit
- § 23 Erhöhung bzw. Reduzierung der Teilnehmenden(platz)zahl
- § 24 Besonderheiten zur Vergütung
- § 25 Besonderheiten zu den Kündigungsrechten des Auftraggebers
- § 26 Besonderheiten zur Haftung



## **A) Allgemeine Regelungen**

### **§ 1 Vertragsgegenstand**

- (1) Gegenstand des Vertrages ist die Durchführung einer Maßnahme zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung nach § 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. §§ 76 ff. SGB III.
- (2) Inhalt und Umfang der vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen bestimmen sich nach den in § 2 bezeichneten Vertragsbestandteilen.
- (3) Für die individuelle Zuweisung der Teilnehmenden bzw. die Besetzung und Nachbesetzung von Teilnehmendenplätzen, den Austausch und Ausschluss von Teilnehmenden, die Zahlung der vereinbarten Vergütung sowie die laufende Qualitätskontrolle ist der Auftraggeber zuständig.

### **§ 2 Vertragsbestandteile**

- (1) Als Vertragsbestandteile gelten in der nachstehenden Rangfolge:
  - die Vertragsbedingungen einschl. dem diesem Vertrag zugrunde liegenden Los- und Preisblatt
  - die Leistungsbeschreibung zu diesem Vergabeverfahren LIP-23/2021
  - das Angebot des Auftragnehmers einschl. der hierzu einzureichenden Erklärungen
  - die "Allgemeinen Bedingungen für die Ausführung von Leistungen" (VOL/B)
  - im Übrigen die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB).
- (2) Etwaige Allgemeine Geschäfts-, Liefer- und Zahlungsbedingungen des Auftragnehmers finden keine Anwendung.

### **§ 3 Vertragslaufzeit**

- (1) Vertragsbeginn und Vertragsende sind dem Los- und Preisblatt sowie der Leistungsbeschreibung zu entnehmen. Der Vertrag endet, ohne dass es einer Kündigung bedarf.
- (2) Die Verpflichtungen des Auftragnehmers zur Durchführung der Maßnahme nach Maßgabe dieses Vertrages, inklusiver aller weiteren damit verbundenen Leistungen, beginnen mit Maßnahmenbeginn. Notwendige Vorbereitungen zur Leistungserbringung können nach der Zuschlagserteilung beginnen.
- (3) Das Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

### **§ 4 Durchführung des Vertrages**

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine vertraglich geschuldeten Leistungen vertragsgerecht unter Anwendung größtmöglicher Sorgfalt innerhalb der vereinbarten Fristen zu erbringen. Der Auftragnehmer hat bei der Durchführung dieses Vertrages die gesetzlichen Vorschriften sowie die einschlägigen Verwaltungsvorschriften zu beachten.
- (2) Der Auftragnehmer hat seine vertraglich geschuldeten Leistungen frei von Rechten Dritter zu erbringen. Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von etwaigen Schadenersatzansprüchen Dritter jeder Art frei, sofern die Ansprüche auf ein schuldhaftes Verhalten des Auftragnehmers im Zusammenhang mit der Maßnahme und Durchführung dieses Vertrages zurückzuführen sind.
- (3) Fallen ein oder mehrere Mitglieder einer Bietergemeinschaft nach der Zuschlagserteilung aus, muss weiterhin die ordnungsgemäße Leistungserbringung sichergestellt sein. Der Auftraggeber ist unverzüglich über den Ausfall schriftlich zu informieren (Fachgebiet 3.9 Auftragnehmerabrechnung). Die Aufnahme eines weiteren Mitglieds der Bietergemeinschaft ist zulässig, vorausgesetzt, der Auftraggeber hat dem neu benannten Mitglied zugestimmt (Fachgebiet 3.9 Auftragnehmerabrechnung).

### **§ 5 Vergütung**

- (1) Die Leistungen des Auftragnehmers sind nach dem jeweiligen Los- und Preisblatt zu vergüten.
- (2) Der vereinbarte Preis ist ein Festpreis. Mit diesem Festpreis werden alle Leistungen abgegolten, die zur ordnungsgemäßen Erfüllung des Vertrages erforderlich sind. Erhöhungen des Festpreises während der gesamten Vertragslaufzeit sind ausgeschlossen, sofern in diesem Vertrag nicht etwas anderes geregelt ist.
- (3) Sofern Leistungen der Umsatzsteuerpflicht unterliegen, beinhaltet der Festpreis die Umsatzsteuer. Ein Anpassungsanspruch des Auftragnehmers bei Änderung des Umsatzsteuersatzes besteht nicht. Entfällt die Umsatzsteuerpflicht für Leistungen ganz oder teilweise nach Angebotsabgabe des Auftragnehmers, hat der Auftraggeber einen Anspruch auf Anpassung des im Los- und Preisblatt vom Auftragnehmer ausgewiesenen Festpreises.  
Über den ganzen oder teilweisen Wegfall der Umsatzsteuerpflicht für Leistungen hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich schriftlich zu informieren. Ergeben sich bei der Ermittlung des anzupassenden Festpreises Bruchteile, ist dieser auf zwei Stellen nach dem Komma gemäß der DIN 1333 kaufmännisch zu runden.
- (4) Hat der Auftraggeber bereits Umsatzsteuer an den Auftragnehmer entrichtet, obwohl er nicht dazu verpflichtet gewesen ist, kann er die Rückerstattung bereits bezahlter Umsatzsteuer ab dem Zeitpunkt des Beginns der Umsatzsteuerbefreiung vom Auftragnehmer verlangen.



## **§ 6 Rechnungslegung**

- (1) Die Zahlung erfolgt im Überweisungsverkehr auf ein vom Auftragnehmer schriftlich zu benennendes Konto. Als Tag der Zahlung gilt der Tag, an welchem der Auftraggeber den Überweisungsauftrag an seine Geldanstalt erteilt. Die Zahlung erfolgt monatlich rückwirkend. Die Rechnungsstellung hat spätestens bis zum 10. des Folgemonats zu erfolgen.
- (2) Die Abtretung von Forderungen an Dritte ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des jeweils Auftraggebers zulässig.
- (3) Im Falle der vorzeitigen Vertragsbeendigung steht dem Auftragnehmer die Vergütung nur anteilig für bis dahin ordnungsgemäß erbrachte Leistungen zu. Ohne Rechtsgrund erlangte Vergütung ist vom Auftragnehmer zu erstatten. Der Erstattungsanspruch ist sofort fällig. Kommt der Auftragnehmer mit der Erstattung in Verzug, so ist der Erstattungsbetrag mit 8 Prozentpunkten über dem geltenden Basiszinssatz der Europäischen Zentralbank zu verzinsen.
- (4) Die Rechnungsstellung hat im Namen der Bietergemeinschaft zu erfolgen und ist vom Bevollmächtigten der Bietergemeinschaft zu unterschreiben.

## **§ 7 Haftungsausschluss**

Der Auftraggeber übernimmt keinerlei Haftung für Vermögens-, Sach- und Personenschäden.

## **§ 8 Pflichtverletzung durch den Auftragnehmer, Vertragsstrafe**

- (1) Verstößt der Auftragnehmer, gleich aus welchen Gründen, schuldhaft gegen seine vertraglichen Pflichten (insbesondere gegen seine Pflichten aufgrund der Leistungsbeschreibung und des eingereichten Angebots) oder erfüllt er diese nicht in gehöriger, insbesondere branchenüblicher Weise, so kann der Auftraggeber
  - für jede Pflichtverletzung die Vergütung unter Berücksichtigung der begangenen Pflichtverletzung angemessen herabsetzen (Insbesondere wird die Vergütung entsprechend der eigenen Personalkostenkalkulation des Auftragnehmers heruntergesetzt, soweit und solange der Auftragnehmer mit der tatsächlich vorgehaltenen Personalkapazität hinter der im Angebot benannten Kapazität zurückbleibt.) oder
  - für jede erhebliche Pflichtverletzung eine Vertragsstrafe in Höhe von bis zu 5 % des Auftragswertes dieses Vertrages verlangen.

Eine erhebliche Pflichtverletzung ist/sind insbesondere

- die Nichteinhaltung der in der Leistungsbeschreibung geforderten Übergänge von integrativer in kooperative Ausbildung – hier ist die Reduzierung der integrativen Ausbildungsplätze auf max. 40 % zwingend einzuhalten
- das Fehlen der vereinbarten bzw. angegebenen sächlichen, technischen oder räumlichen Ausstattung (z. B. fehlender Besprechungs- oder Gruppenraum);
- die Nichteinhaltung des vom Auftragnehmer angegebenen Personalschlüssels bzw. die Nichtvorhaltung von Personal im vom Auftragnehmer angegebenen Umfang;
- die fehlende fachliche Qualifikation des eingesetzten Personals (Nichteinhaltung der vom Auftraggeber festgelegten bzw. vom Auftragnehmer zugesicherten Qualifikation des Personals);
- schuldhafte Verzögerung des Starts der Maßnahme (Vertragsstrafe für jede angefangene Kalenderwoche der Verspätung);
- der ohne Zustimmung des Auftraggebers (Fachgebiet 3.9 Auftragnehmerabrechnung) erfolgte Einsatz eines Subunternehmers („freier Mitarbeiter“, „Honorarkraft“ etc.);
- die unterlassene oder nicht unverzüglich durchgeführte (verspätete) Anzeige eines Personalwechsels beim Auftraggeber (Fachgebiet 3.9 Auftragnehmerabrechnung). Dies umfasst auch die unterlassene oder nicht unverzüglich durchgeführte (verspätete) Anzeige einer Neubesetzung bzw. des Wechsels eines Subunternehmers („freier Mitarbeiter“, „Honorarkraft“ etc.);
- der Verstoß gegen die jeweils geltenden Mindestentgelt-Regelungen auf der Grundlage des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) oder des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und alle weiteren aus dem AEntG oder dem MiLoG folgenden Pflichten eines Arbeitgebers zur Gewährung von Arbeitsbedingungen;
- eine Verletzung der Sorgfaltspflichten bei der Beratung des jeweiligen Teilnehmenden oder des jeweiligen Arbeitgebers im Zusammenhang mit der Einhaltung der Mindestentgelt-Regelungen;
- schwerwiegende Mängel bei der sächlichen oder technischen Ausstattung der Räumlichkeiten;
- unzutreffende Angaben des Auftragnehmers über die Erreichbarkeit der Räumlichkeiten des Auftragnehmers mit öffentlichen Verkehrsmitteln;
- die Durchführung der Maßnahme an einem anderen als dem im Preisblatt angegebenen Ort;
- nicht oder nicht rechtzeitig an den Auftraggeber übermittelte Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen;



- die ohne vorherige Zustimmung des Auftraggebers erteilte Beratung eines Teilnehmenden hinsichtlich „entschuldigter“ oder „nicht entschuldigter“ Fehlzeiten oder die eigenmächtig durch den Auftragnehmer erteilte „Zustimmung“ zur Ortsabwesenheit oder anderen Abwesenheitszeiten;
  - nicht oder nicht rechtzeitig an den Auftraggeber übermittelte Informationen, insbesondere hinsichtlich der Akquise von Teilnehmenden, eines drohenden Maßnahmeabbruchs oder anderer Sachverhalte, die das Erreichen des Maßnahmeziels gefährden;
  - nicht oder nicht rechtzeitig oder nicht vollständig vorgelegte teilnehmendenbezogene Berichte sowie Gesamtbericht über die Durchführung der Maßnahme bzw. eine vergleichbare fehlende bzw. mangelhafte Dokumentation;
  - die gemeinsame Aktivierung und Betreuung von Teilnehmenden dieser Maßnahme mit Teilnehmenden anderer Arbeitsmarktleistungen;
  - die fehlende Trennung der Sozialdaten der Teilnehmenden von denjenigen des Auftragnehmers oder ähnlich schwerwiegende Verstöße gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen nach § 10;
  - die fehlende auftragsbezogene Zusammenarbeit mit Akteuren des regionalen Arbeitsmarktes (sofern gefordert) oder ähnlich gravierende Abweichungen vom Angebotskonzept des Auftragnehmers.
- (2) Die Höchstgrenze für sämtliche Vertragsstrafen nach diesem Vertrag beträgt 5 % des Auftragswertes dieses Vertrages. Der Auftragswert dieses Vertrages richtet sich nach dem Wert des Preisblattes. Sofern von einer Verlängerungsoption (bereits) Gebrauch gemacht wurde, beinhaltet der Auftragswert auch den Wert dieser Option. Entrichtet der Auftraggeber für eine Maßnahme Umsatzsteuer an den Auftragnehmer, gilt der Bruttopreis als Auftragswert.
- (3) Weitergehende Schadenersatzansprüche bleiben unberührt. Die Vertragsstrafe wird auf solche Schadenersatzansprüche angerechnet, soweit diese auf derselben Pflichtverletzung beruhen.
- (4) Der Auftraggeber ist berechtigt, aus diesem Vertrag resultierende Forderungen gegen Forderungen des Auftragnehmers, gleich aus welchem Rechtsgrund, aufzurechnen. Im Falle der Aufrechnung wird der Auftragnehmer hiervon schriftlich benachrichtigt.

## **§ 9 Kündigungsrechte des Auftraggebers**

- (1) Der Auftraggeber ist berechtigt, im Falle der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten durch den Auftragnehmer den Vertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist zu kündigen. Als wichtiger Grund gelten insbesondere die in §§ 123, 133 bzw. 124 GWB genannten Tatbestände sowie schwerwiegende Verletzungen von Bestimmungen dieses Vertrages und seiner Bestandteile. Ein wichtiger Grund, der zur Kündigung aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist berechtigt, liegt ebenfalls vor, wenn die zur Maßnahmedurchführung erforderliche Auftragnehmerzulassung im Nachhinein widerrufen wird oder durch Zeitablauf oder aus einem anderen Grund endet bzw. der Auftragnehmer aus anderen Gründen nicht über eine wirksame Auftragnehmerzulassung verfügt. Als wichtiger Grund gilt ferner ein Verstoß gegen die jeweils geltenden Mindestentgelt-Regelungen auf der Grundlage des AEntG oder -soweit einschlägig- des MiLoG und alle weiteren aus dem AEntG oder dem MiLoG folgenden Pflichten eines Arbeitgebers zur Gewährung von Arbeitsbedingungen.
- (2) Für den Fall, dass der Auftragnehmer trotz Mahnung seinen vertraglichen Pflichten innerhalb angemessener Frist nicht nachkommt, kann der Auftraggeber ebenfalls mit sofortiger Wirkung kündigen. S. hierzu auch § 25 dieses Vertrages.
- (3) Ändern sich die für die Maßnahme maßgeblichen gesetzlichen, haushalts- oder zuwendungsrechtlichen Bestimmungen, kann der Auftraggeber mit einer Frist von sechs Wochen zu dem Inkrafttreten der (Recht-) Änderung folgenden Quartalsende diesen Vertrag kündigen. Das Recht zur außerordentlichen Kündigung wegen Nichteinhaltung des Vertrages bleibt davon unberührt.

## **§ 10 Datenschutz**

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere die Vorschriften zum Sozialdatenschutz, einzuhalten. Insbesondere darf der Auftragnehmer Sozialdaten der Teilnehmenden ausschließlich zur Erfüllung der in diesem Vertrag geregelten Pflichten nutzen. Jede Verwendung dieser Sozialdaten zu anderen Zwecken (z. B. gewerbliche Nutzung) ist unzulässig. Der Auftragnehmer ist zu einer eigenen Datenerhebung nur im vertraglich zugelassenen oder für die Aufgabenerledigung erforderlichen Umfang berechtigt.
- (2) Die Teilnehmenden sind darüber zu informieren, dass für die Arbeitsvermittlung und die Gewährung von Leistungen notwendige Mitteilungen im erforderlichen Umfang an den Auftraggeber weitergeleitet werden. Den Teilnehmenden ist auf Verlangen Einsicht in alle sie betreffenden Unterlagen zu gewähren. Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass die Rechte der Teilnehmenden auf Auskunft, Berichtigung, Sperrung und Löschung von Sozialdaten gewahrt werden.
- (3) Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass Informationen, die dem besonderen Schutz des § 203 Strafgesetzbuch (StGB) unterliegen, weder schriftlich, elektronisch noch mündlich übermittelt werden und sonstige mitwirkende Personen ggfls. auf § 203 StGB verpflichtet werden.



- (4) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, alle ihm zur Kenntnis gelangenden internen Angelegenheiten des Auftraggebers auch nach Beendigung dieses Vertrages vertraulich zu behandeln. Er hat ferner durch geeignete Maßnahmen und Vorkehrungen die Einhaltung des Datenschutzes sicherzustellen. Er verpflichtet sich, die Sozialdaten der Teilnehmenden von seinem eigenen Datenbestand getrennt zu halten.
- (5) Mit den Sozialdaten der Teilnehmenden dürfen vom Auftragnehmer nur solche Mitarbeiter befasst werden, die zuvor gemäß § 5 des Bundesdatenschutzgesetzes auf die Wahrung des Datengeheimnisses verpflichtet worden sind. Freie Mitarbeiter und Mitarbeiter von Subunternehmen sind vom Auftragnehmer in gleicher Weise zu verpflichten.
- (6) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, Weisungen des Auftraggebers zum Umgang mit den Sozialdaten der Teilnehmenden nachzukommen. Spätestens 2 Jahre nach Beendigung des Vertragsverhältnisses hat der Auftragnehmer diese Sozialdaten zu löschen und die Löschung auf Verlangen nachzuweisen.

#### **§ 11 Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz**

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) zu beachten. Danach sind Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität grundsätzlich unzulässig. Eine unterschiedliche Behandlung von Teilnehmenden aufgrund eines der oben genannten Merkmale ist lediglich dann zulässig, wenn die Ungleichbehandlung eine wesentliche, entscheidende und angemessene berufliche Anforderung darstellt und der Zweck rechtmäßig ist. Eine unterschiedliche Behandlung ist auch dann zulässig, wenn durch geeignete und angemessene Maßnahmen bestehende Nachteile wegen eines in § 1 AGG genannten Grundes ausgeglichen werden soll (sog. positive Maßnahmen). Um den Arbeitgeber im Rahmen eines Bewerbungsverfahrens nicht der Gefahr eines Haftungsanspruchs wegen einer ggf. glaubhaft gemachten Benachteiligung auszusetzen, ist eine Datenübermittlung an den Arbeitgeber insoweit zu vermeiden.

#### **§ 12 Scientology-Ausschluss**

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich bzw. stellt sicher, dass weder er noch seine Beschäftigten noch gegebenenfalls von ihm beauftragte Dritte bei der Erfüllung der Maßnahme die „Technologie von L. Ron Hubbard“ anwenden bzw. verbreiten.
- (2) Bei einem Verstoß gegen Absatz 1 ist der Auftraggeber berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist ganz oder teilweise schriftlich zu kündigen. Weitergehende Rechte bleiben unberührt.

#### **§ 13 Rücktritt und Antikorruptionsklausel**

- (1) Ausschlussgründe im Sinne der §§ 123 Absätze 1 und 4 GWB, 124 Absatz 1 Nr. 8 GWB berechtigen den Auftraggeber zum Rücktritt vom Vertrag. Diese sind:
  - a) Die Kenntnis des Auftraggebers, dass eine Person, deren Verhalten nach § 123 Absatz 3 GWB dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach §§ 333 und 334 des StGB (Vorteilsgewährung und Bestechung),
  - b) Die Nichterfüllung der Pflicht des Unternehmens zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandkräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde
  - c) Die Begehung einer schwerwiegenden Täuschung durch das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien bzw. das Zurückhalten entsprechender Auskünfte oder die Unfähigkeit der Übermittlung entsprechender, erforderlicher Nachweise.
- (2) Ferner besteht ein Rücktrittsgrund, wenn der Auftragnehmer vorsätzlich unzutreffende Erklärungen in Bezug auf das Vorliegen einer Auftragnehmerzulassung gemacht hat.
- (3) Ein Ausschlussgrund nach Absatz 1 ist auch die Abgabe von Angeboten, die auf wettbewerbsbeschränkenden Absprachen im Sinne von § 298 StGB beruhen, die Beteiligung an unzulässigen Wettbewerbsbeschränkungen im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), insbesondere eine Vereinbarung mit Dritten über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, über zu fordernde Preise, über die Entrichtung einer Ausfallentschädigung (Gewinnbeteiligung oder sonstige Abgaben) und über die Festlegung von Preisempfehlungen.
- (4) Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber alle Schäden zu ersetzen, die dem Auftraggeber unmittelbar oder mittelbar durch den Rücktritt vom Vertrag entstehen. Weitergehende Schadensersatzansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.

#### **§ 14 Informationspflichten und Prüfrecht**

Der Auftraggeber hat das Recht, die Einhaltung der vertraglichen Vereinbarungen sowie die Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen durch den Auftragnehmer zu prüfen und entsprechende Informationen beim Auftragnehmer einzuholen. Der Auftragnehmer erteilt zu diesem Zweck unverzüglich alle erbetenen Auskünfte, gewährt, soweit erforderlich und keine Betriebsgeheimnisse verletzt werden, Einsicht in alle den



Auftrag betreffenden Unterlagen einschließlich gespeicherter Daten, fertigt auf Wunsch des Auftraggebers Fotokopien der erforderlichen Unterlagen an und gestattet den Zutritt zu seinen Grundstücken und Betriebsräumen während der üblichen Geschäftszeiten. Die vorstehenden Rechte stehen neben den auftragsspezifischen Fachbereichen des Auftraggebers auch der Internen Revision und dem Prüfdienst Arbeitsmarktdienstleistungen des Auftraggebers sowie dem Bundesrechnungshof zu.

#### **§ 15 Beauftragung von Subunternehmern – entfällt –**

#### **§ 16 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die Nutzung des geschützten Logos und Namens des Auftraggebers sowie für Dritte bestimmte Informationen und Berichte rechtzeitig vorher mit dem Auftraggeber abzustimmen. Der Auftragnehmer hat darauf hinzuweisen, dass die Maßnahme durch den Auftraggeber finanziert wird.

#### **§ 17 Beteiligung Dritter am Vertragsverhältnis – entfällt –**

#### **§ 18 Zuständigkeit und Vertretung – entfällt –**

#### **§ 19 Schriftformerfordernis und Salvatorische Klausel**

- (1) Alle Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages einschließlich dieser Klausel bedürfen zu ihrer Wirksamkeit eines von den Parteien unterzeichneten Nachtrages.
- (2) Sollte eine Bestimmung des Vertrages ungültig sein, so betrifft dies nicht den Vertrag als Ganzes, sondern nur die betreffende Bestimmung. In einem solchen Fall ist der Vertrag seinem Sinn und Zweck entsprechend auszulegen, wobei maßgebend ist, was die Parteien vereinbart hätten, wenn ihnen die Ungültigkeit einer Vertragsbestimmung bekannt gewesen wäre.

#### **§ 20 Erfüllungsort und Gerichtsstand**

- (1) Erfüllungsort ist der jeweils vereinbarte Maßnahmeort gemäß dem Los- und Preisblatt (D.9).
- (2) Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist ausschließlich das für den Sitz des Auftraggebers zuständige Gericht.
- (3) Es gilt deutsches Recht.

#### **B) Besondere Regelungen**

#### **§ 21 Unfallversicherung**

Im Falle, dass Teilnehmende dieser Maßnahme(n) nach den Regelungen des Sozialgesetzbuches SGB VII, insbesondere nach § 2 Abs. 1 Ziffer 2 SGB VII, kraft Gesetzes unfallversichert sind und der Auftragnehmer für die Anmeldung der Teilnehmenden zur gesetzlichen Unfallversicherung zuständig ist, ist der Auftragnehmer verpflichtet, die Teilnehmenden bei dem für den Auftragnehmer zuständigen Unfallversicherungsauftragnehmer anzumelden und die Beiträge an diesen abzuführen. Die Prüfung, ob, ab welchem Zeitpunkt und in welchem Umfang (z.B. einschließlich betrieblicher Erprobung) die Teilnehmenden vom Auftragnehmer zur gesetzlichen Unfallversicherung anzumelden sind, hat der Auftragnehmer vorzunehmen.

#### **§ 22 Besonderheiten zur Vertragslaufzeit**

- (1) Die Dauer einer Maßnahme (lfd. Nr.) nach dem Los- und Preisblatt im Vertrags- und Optionszeitraum richtet sich nach dem Zuweisungskorridor und der maximalen individuellen Zuweisungsdauer. Ein Los kann mehrere Maßnahmen umfassen.
- (2) Für Teilnehmende, die sich wegen der Verlängerung der Ausbildung zum Ende der Vertragslaufzeit noch in Ausbildung befinden, verlängert sich der Vertrag bis zum individuellen Ende der Ausbildung.
- (3) Der Vertrag verlängert sich um einen neuen Ausbildungsbeginnjahrgang 2027, wenn der Auftraggeber die Verlängerung bis spätestens zum 01.05.2027 gegenüber dem Auftragnehmer schriftlich erklärt. Der Vertragszeitraum verlängert sich in diesem Fall um den Zeitraum vom 17.08.2027 bis zum 16.08.2030 (Optionszeitraum 1). Mit Ablauf der Verlängerung endet der Vertrag, ohne dass es einer Kündigung bedarf. Sämtliche vertraglichen Regelungen gelten für die Optionszeiträume unverändert fort.
- (4) Der Vertrag verlängert sich um einen neuen Ausbildungsbeginnjahrgang 2028, wenn der Auftraggeber die Verlängerung bis spätestens zum 01.05.2028 gegenüber dem Auftragnehmer schriftlich erklärt. Der Vertragszeitraum verlängert sich in diesem Fall um den Zeitraum vom 17.08.2028 bis zum 16.08.2031 (Optionszeitraum 2). Mit Ablauf der Verlängerung endet der Vertrag, ohne dass es einer Kündigung bedarf. Sämtliche vertraglichen Regelungen gelten für die Optionszeiträume unverändert fort.

#### **§ 23 Erhöhung bzw. Reduzierung der Teilnehmendenplatzzahl**

- (1) Auftraggeber und Auftragnehmer können jederzeit im gegenseitigen Einvernehmen eine Erhöhung der Gesamtteilnehmendenplatzzahl je Maßnahme nach dem Los- und Preisblatt um bis zu 25 % schriftlich



vereinbaren. Bezugsgröße für die Ermittlung der Erhöhung ist die Gesamtteilnehmendenplatzzahl des dem Ausschreibungsverfahren zugrundeliegenden Los- und Preisblattes. Für die zusätzlichen Teilnehmenden gelten die gleichen Konditionen.

- (2) Der Auftraggeber behält sich bei Wahrnehmung einer Verlängerungsoption vor, die Gesamtteilnehmendenplatzzahl nach dem Los- und Preisblatt für den Optionszeitraum um bis zu 20% zu reduzieren. Für den um bis zu 20% reduzierten Anteil der Teilnehmenden hat der Auftragnehmer keinen Anspruch auf Vergütung. Der Auftraggeber wird die Reduzierung mit Ziehung der Verlängerungsoption nach § 22 gegenüber dem Auftragnehmer schriftlich erklären. Bezugsgröße für die Ermittlung der Reduzierung ist die Gesamtteilnehmendenzahl je Maßnahme des dem Ausschreibungsverfahren zugrundeliegenden Los- und Preisblattes.
- (3) Soweit sich bei der Erhöhung nach Abs. 1 bzw. der Reduzierung nach Abs. 2 Bruchteile ergeben, ist stets aufzurunden.

## § 24 Besonderheiten zur Vergütung

- (1) Der vereinbarte Monatspreis je Teilnehmendenplatz je Maßnahme gilt für die gesamte Ausbildungsdauer, soweit in diesem Vertrag nichts anderes geregelt ist. Er wird auch gewährt im Falle einer nicht vollständigen Besetzung der Teilnehmendenplätze, sofern diese der Auftragnehmer nicht zu vertreten hat. Im Falle einer vom Auftragnehmer zu vertretenden Unterbesetzung hat der Auftragnehmer für diese Teilnehmendenplätze keinen Anspruch auf Vergütung.
- (2) Für die vertragsgemäße Durchführung der Maßnahme erhält der Auftragnehmer vom Auftraggeber im ersten Maßnahmejahr nach Maßnahmestart für 16 der im Los- und Preisblatt angegebenen Teilnehmendenplätze den vereinbarten Monatspreis je Teilnehmendenplatz garantiert, auch im Fall einer Probezeitreduzierung. Darüber hinaus gehende Teilnehmende werden teilnehmendenbezogen vergütet. Ab dem zweiten Maßnahmejahr erfolgt die Vergütung teilnehmendenbezogen, ohne Mindestteilnehmende. Dies gilt auch in Fällen der individuellen Verlängerung der Ausbildungsdauer. Maßgeblich für die teilnehmendenbezogene Vergütung des jeweiligen Kalendermonats ist die Teilnehmendenzahl zum Ende des vorangegangenen Kalendermonats
- (3) Sofern der Auftragnehmer im 2. Ausbildungsjahr mehr als die vorgegebenen maximalen 40% der Ausbildungsplätze weiterhin integrativ durchführt, erfolgt die Vergütung dieser Ausbildungsplätze nur im Umfang der Kosten wie die der kooperativen Ausbildung. Eine Erstattung der Kosten dieser außerplanmäßigen integrativen Ausbildungsplätze ist damit nur in der genannten Einschränkung möglich. Hiervon unberührt bleiben evtl. weitergehende Sanktionen nach § 8 dieses Vertrages.
- (4) Im Fall einer Kündigung nach § 25 richtet sich der Vergütungsanspruch nach § 8 Nr. 3 VOL/B. Der Auftragnehmer haftet für die ggf. entstehenden Mehrkosten einer alternativ geförderten Ausbildung für diese Teilnehmenden. Die Berechnung erfolgt jeweils gesondert für jeden Teilnehmenden. Eine Aufrechnung mit ggf. kostengünstiger geförderten Ausbildungen anderer Teilnehmender erfolgt nicht.
- (5) Soweit ein Los Ausbildungen mit einer regulären Dauer von weniger als drei Jahren beinhaltet, verkürzt sich der Anspruch auf Vergütung für diese Ausbildungen entsprechend.
- (6) Die Vergütung wird für jeden vollen Kalendermonat der vertragsgemäß erbrachten Leistungen gezahlt. Teilmonate werden mit 1/30 je Kalendertag vergütet (= teilmonatliche Abrechnung). Jeder Kalendermonat wird dabei mit 30 Kalendertagen gerechnet. Sofern sich bei der Berechnung der Vergütung Bruchteile ergeben, ist die Vergütung kaufmännisch auf zwei Dezimalstellen nach dem Komma gemäß der DIN 1333 zu runden.
- (7) Die Zahlung des vereinbarten Monatspreises sowie des Zuschusses zur Ausbildungsvergütung einschließlich des Gesamtsozialversicherungsbeitrages erfolgt monatlich nachträglich jeweils zum **10. des Folgemonats**. Sofern die monatliche Anwesenheitsliste sowie die Nachweise über die gezahlten Ausbildungsvergütungen einschließlich Gesamtsozialversicherungsbeitrag nicht bis spätestens zum **05. des Folgemonats** für den Vormonat vorgelegt wurden, verschiebt sich der Zahlungstermin entsprechend. Die Auszahlung für die auf Einzelnachweis/Antrag erstattungsfähigen Kosten wird 10 Tage nach Eingang des vollständigen Einzelnachweises/Antrags beim Auftraggeber fällig. Der Auftraggeber behält sich vor, für die Abrechnung des Zuschusses zur Ausbildungsvergütung einschließlich des Gesamtsozialversicherungsbeitrages einen Abrechnungsvordruck vorzugeben.
- (8) Bei Einreichung der Einzelnachweise für die Vergütung der überbetrieblichen Ausbildungsabschnitte ist zusätzlich ein entsprechender Nachweis beizufügen, dass diese in der Ausbildungsordnung des jeweiligen Ausbildungsberufes bzw. durch Ausbildungsregelungen oder durch einen Beschluss der Vollversammlung der zuständigen Stelle verbindlich vorgeschrieben sind.
- (9) Bei erfolgreicher vorzeitiger Vermittlung in eine betriebliche Ausbildung sowie bei Vorliegen der hierzu erforderlichen Voraussetzungen wird eine Vermittlungspauschale nach § 79 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 SGB III gewährt.

## § 25 Besonderheiten zu den Kündigungsrechten des Auftraggebers



- (1) Die fristgemäße Vorlage der Bescheinigung über die Eignung zur Ausbildung gemäß §§ 27 ff. BBiG/§§ 21 ff. Handwerksordnung sowie der eingetragenen Ausbildungsverträge bei den in Absatz 2 a) und b) zuständigen Stellen des Auftraggebers stellt eine wesentliche Vertragspflicht dar.
- (2) Der Auftraggeber ist berechtigt, den Vertrag gemäß § 9 Abs. 1 ganz oder teilweise schriftlich zu kündigen, wenn der Auftragnehmer
  - a) nicht spätestens 3 Werktage vor Ausbildungsbeginn laut Los- und Preisblatt dem Auftraggeber die geforderte Bescheinigung der zuständigen Stellen über die Eignung von Ausbildungsstätte und Ausbildungspersonal gemäß §§ 27 ff. BBiG/§§ 21 ff. Handwerksordnung vorlegt oder
  - b) nicht spätestens 6 Wochen nach Eintritt des Teilnehmenden in die Maßnahme dem Auftraggeber den eingetragenen Ausbildungsvertrag vorlegt.

#### **§ 26 Besonderheiten zur Haftung**

Sofern während der Maßnahme einschließlich der betrieblichen Ausbildungsphasen durch Teilnehmende Schäden verursacht werden, haften diese nur bei grober Fahrlässigkeit oder Vorsatz.

Detmold, .....

---

Für den Auftraggeber

---

Für den Auftragnehmer



## **Teil D Angebotsvordrucke**

### **Vergabe eines öffentlichen Auftrags im offenen Verfahren Leistung gemäß § 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. §§ 76 ff. SGB III**

Vergabenummer: LIP-07/2026

#### **Angebotsvordrucke „Allgemeine Erklärungen und Eignungsnachweise“**



## **D.1 Gliederung der vorzulegenden Unterlagen**

**Bieter:**

**Angebotsabgabe für:**

**Los:**

**Maßnahme:**

Gliederung der einzureichenden Unterlagen

(Alle geforderten Unterlagen sind mit Angebotsabgabe je Los einzureichen. Die dort vorgegebene Reihenfolge ist einzuhalten)

Seitenzahlen im Angebot

- 1. Angebotsschreiben 324 EU inklusive der im Formular 325 EU aufgeführten Vordrucke**
- 2. Vorblatt und Vordruck D.1**  
Gliederung der einzureichenden Unterlagen
- 3. Bietergemeinschaftserklärung (531 EU)**
- 4. Allgemeine Bieterangaben (Vordruck D.3)**  
(von jedem Bieter bzw. Mitglied der Bietergemeinschaft)
- 5. Erklärung des Bieters (Vordruck D.4)**  
(von jedem Bieter bzw. Mitglied der Bietergemeinschaft)
- 6. Erklärung zur Bietereignung (Vordruck D.5)**
- 7. Nachweis der Fachkunde/Referenzliste (Vordruck D.6)**  
(von jedem Bieter bzw. Mitglied der Bietergemeinschaft)
- 8. Nachweis über Räumlichkeiten (Vordruck D.7)**
- 9. Erhebungsbogen Mindestqualifikation sowie Vollzeitäquivalente (VZÄ) des Personals – falls noch kein Personal angestellt ist, bitte Mindestqualifikation sowie VZÄ angeben und Name des Mitarbeiters mit „N.N.“ bezeichnen – (Vordruck D.8)**
- 10. Los- und Preisblatt (Vordruck D.9)**
- 11. Maßnahmekonzept inklusive Kalkulation**



### **D.3 Allgemeine Bieterangaben**

(Der Vordruck ist von jedem Bieter bzw. jedem einzelnen Mitglied der Bietergemeinschaft einzureichen)

<b>1. Firma</b>
<b>2. Rechtsform (Darstellung unter Beifügung eines aktuellen Handels- oder Vereinsregisterauszuges)</b>
<b>3. Daten des Anbieters</b>
Wann wurde Ihr Unternehmen gegründet?
Seit wann ist Ihr Unternehmen in der Aus- und Weiterbildung tätig?
Wie ist Ihr Unternehmen organisatorisch aufgebaut?
Wo befindet sich Ihr Firmensitz? Geben Sie bitte Anzahl und Orte der deutschen Niederlassungen an.
<b>4. Angaben zum Personal</b>
Gesamtzahl der fest angestellten Mitarbeiter, darunter Anzahl der Lehrkräfte
Gesamtzahl der hauptberuflich tätigen Lehrkräfte
<b>5. Verantwortlicher Ansprechpartner für Rückfragen (mit Telefon- und Fax-Nr.)</b>



#### **D.4 Erklärung des Bieters**

Wir bieten die Ausführung der beschriebenen Leistungen zu den von uns nachfolgend eingesetzten Preisen an. Unser Angebot bezieht sich auf die Regelungen der Verdingungsunterlagen.

**Im Einzelnen:**

Die Vorbemerkung

Die Bewerbungs- und Angebotsbedingungen (Teil A)

Die Leistungsbeschreibung (Teil B)

Der Vertrag (Teil C)

Ansprechpartner für Rückfragen und Befugter für die Abgabe und Entgegennahme verbindlicher Erklärungen ist:

Auftragnehmer:

Name des Ansprechpartners:

Telefonnummer:

Faxnummer:

Postanschrift:

E-Mail-Adresse:

Wir bieten die Ausführung der beschriebenen Leistungen in Form des beigefügten Angebotes.



## **D.5 Erklärung zur Bieterreignung**

1. Wir erklären hiermit, dass

- wir nicht an unzulässigen wettbewerbsbeschränkenden Absprachen oder anderen wettbewerbsbeschränkenden Maßnahmen teilgenommen haben,
- die vollständige Übernahme der Leistungen zum Leistungsbeginn gewährleistet ist,
- gestellte Fragen mit ausreichender Klarheit beantwortet wurden,
- wir über eine Auftragnehmerzulassung nach AZAV verfügen (**Zertifikat ist beigelegt**)

2. Im Übrigen verweisen wir auf die diesem Angebot beigelegte Eigenerklärung (521 EU).

**Hinweis: Bei Bietergemeinschaften ist diese Bietererklärung von jedem Mitglied beizufügen.**



## Referenzliste

Vordruck D.6

**Dieser Vordruck ist zwingend auszufüllen**

### Leistungen zur Berufsausbildung (gemäß § 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. §§ 76 ff. SGB III)

Bieter: ☐

Unterauftragnehmer: ☐ (bitte ankreuzen)

(es sind ausschließlich Referenzen innerhalb der letzten drei Jahre anzuführen)

Leistung - Maßnahmeart - Zielgruppe	Gleich	Vergleich- bar	Teilneh- menden- zahl	Durchführungsjahr bzw. -zeitraum	Durchführungsort	Auftraggeber mit Anschrift	Ansprechpartner beim Auftrag- geber mit Telefonnummer
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>					
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>					
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>					
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>					
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>					
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>					
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>					

**Fortsetzung ggf. auf einem besonderen Blatt (bitte Kopie fertigen)**



### **D.7 Nachweis der Räumlichkeiten/Außengelände**

(Bei Bietergemeinschaften sind die Angaben in einem Vordruck zusammen zu fassen)

Bieter:

Vergabenummer:

Los:

Name des Bieters /des Mitglieds der Bietergemeinschaft, der Räumlichkeiten / Außengelände zur Verfügung stellt	Anschriften aller Räumlichkeiten / Außengelände, in denen die Durchführung der Maßnahmen erfolgen sollen	Rechtsverhältnis (Eigentum, Kaufoption, Anmie- tung, vorgesehene Anmietung)



## **D.8 Angaben zur Qualifikation der Lehrkräfte und Mitarbeiter**

Vergabenummer:

Los:

Nr.		
1.	Name, Vorname	
2.	Geburtsdatum	
3.	Funktion/ Tätigkeit in der Maßnahme	
3a	Einsatz <b>in der</b> Maßnahme <b>Ab:</b> <b>Umfang:</b> Zahl der regelmäßigen Stunden /Wo.	
3b.	<b>Bei Nachbesetzung:</b> Einsatz für (Name/ Funktion/ ausgeschieden am...)	
3c.	Zahl der Stunden in weiteren Maßnahmen	
4.	Angaben zum Beschäftigungsverhältnis beim Auftragnehmer	Beschäftigt seit:  Durchschn. wö. Arbeitszeit:  Sozialversicherungspflichtig:
5.	Einschlägige, erfolgreich abgeschlossene Berufsausbildung(en) als	
6.	Berufspraxis (ausgeübte Tätigkeiten, Dauer (bitte Beginn und Ende der Beschäftigung, sowie den Arbeitgeber angeben),	
7.	Zusätzlich erworbene Befähigungen/ Qualifikationen	
8.	Pädagogische Erfahrung insb. Coaching-Kompetenzen	

Sollte der zur Verfügung stehende Platz nicht ausreichen, bitte Angaben auf einem gesonderten Blatt einreichen.

Ich bestätige die Richtigkeit meiner Angaben hinsichtlich der Qualifikation und des quantitativen Einsatzes des benannten Personals. Die Möglichkeit der Überprüfung (siehe auch Teil B.1.4.1 der Vergabeunterlagen) durch den Auftraggeber habe ich zur Kenntnis genommen.

Jegliche Änderung beim Personaleinsatz (Wechsel, Stundenreduzierungen/-Erhöhungen etc.) ist ebenfalls mit diesem Vordruck mitzuteilen.



## **D.9 Angebotsvordruck „Los- und Preisblatt“**

### **Angebotsvordruck „Los- und Preisblatt“**

**Vergabe eines öffentlichen Auftrags im offenen Verfahren  
Leistung gemäß § 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. §§ 76 ff. SGB III**

Vergabenummer: LIP-07/2026



## Inhalt

- I Vorbemerkungen zum Los- und Preisblatt
- II Los- und Preisblatt

### Vorbemerkungen zum Los- und Preisblatt

Die ausgeschriebene Leistung wird in einem Los ausgeschrieben.

#### Hinweise zum Ausfüllen des Preisblattes

Wird ein Angebot unterbreitet, sind alle offenen Felder auszufüllen.

#### Hinweis zu den Preisangaben

Alle Eintragungen im nachfolgenden Preisblatt müssen als **Bruttopreise, das heißt inklusive der jeweils geltenden Umsatzsteuer**, erfolgen.

Über eine gegebenenfalls nicht bestehende Umsatzsteuerpflicht der ausgeschriebenen Leistung hat sich der Bieter selbstständig zu informieren und dies bei der Kalkulation der Angebotspreise zu berücksichtigen.



**Vergabenummer LIP-07/2026**

**LOS-Nr. -**

**Angebotspreis: Monatspauschale pro Ausbildungs-/Teilnehmendenplatz je Ausbildungsbeginnjahrgang**

Der Angebotspreis beinhaltet alle Kosten (s. a. A.8 und B.1.7) für die Durchführung einer Maßnahme „Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung nach dem Kombi-Modell“ nach § 16 Abs. 1 SGB II in Verbindung mit §§ 76 ff. SGB III

Vertragszeitraum:

**17.08.2026 – 16.08.2029**

Standort	Maßnahmebeginn	Maßnahmeende (ohne Verlängerung)	Ausbildungs- plätze/Teilneh- mendenplätze je Ausbildungsbe- ginnjahrgang	Berufe
Detmold	17.08.2026	16.08.2029	16, nach Ende der Probezeit ggfs. reduziert auf 12	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Maschinen- und Anlagenführer/-in,</li> <li>• Fachkraft Gastgewerbe,</li> <li>• Köchin/Koch,</li> <li>• Büromanagement,</li> <li>• Malerhandwerk</li> <li>• Fachlagerist/-in</li> <li>• Verkäufer/-in</li> </ul>

Monatspauschale je Teilnehmendenplatz (brutto in Euro) für die Vertragslaufzeit	Darin enthaltene Umsatzsteuer (in Euro) für die Vertragslaufzeit Sofern ohne USt. kalkuliert wurde, ist der Betrag mit 0,00 € anzugeben
Für einen integrativen Ausbildungsplatz €	€
Für einen kooperativen Ausbildungsplatz €	€